

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

19. Jahrgang 1971

1. Heft/Januar

KLAUS SCHWABE

DIE AMERIKANISCHE UND DIE DEUTSCHE GEHEIMDIPLOMATIE UND DAS PROBLEM EINES VERSTÄNDIGUNGSFRIEDENS IM JAHRE 1918

I

Seit der Bekanntgabe der Vierzehn Punkte durch Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 war die Initiative in der internationalen Debatte über Form und Inhalt des Friedens, der den Ersten Weltkrieg beenden sollte, endgültig auf die Vereinigten Staaten übergegangen¹. Als erster der kriegführenden Staatslenker hatte sich der amerikanische Präsident mit dieser Erklärung und noch entschiedener mit seiner Rede vom 11. Februar 1918 wesentliche Friedensziele der europäischen Linken zu eigen gemacht. Hatte er gehofft, auf diesem Wege einen Druck auf die Entente-Regierungen ausüben zu können, so hatte er sich freilich, wie sich schnell zeigte, getäuscht. Um so zuversichtlicher klangen dafür die Berichte seiner Beobachter über die Reaktion der Mittelmächte. Selbst in Deutschland schien als Folge seiner

¹ Die nachstehende Studie basiert auf einem Abschnitt der Habil.-Schrift des Vf. (Die Vereinigten Staaten, die deutsche Friedenspolitik u. das Scheitern eines Wilson-Friedens, masch. Freiburg 1969), der, weil in sich ein geschlossenes Ganzes bildend, in die gedruckte Fassung nicht übernommen worden ist (K. S., Deutsche Revolution u. Wilson-Frieden, Droste-V., Düsseld.). D. Vf. möchte an dieser Stelle der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft für die Bereitstellung von Mitteln zum Ankauf von Mikrofilmen aufrichtig danken. -- Folgende Abkürzungen wurden fortlaufend verwendet: AA = Auswärtiges Amt, Berlin bzw. Bonn; Aufz. = Aufzeichnung; BA Schw = Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Schwertfeger; Dte. Rev. = K. S., Deutsche Revolution u. Wilson-Frieden (s. o.); FR = Foreign Relations of the United States, Papers, 1918, Supplement: The World War, I, vol. 1, Washington 1933; ggeh = ganz geheim; GHQ = Großes Hauptquartier (Aktenreihe AA); GStAM = Geheimes Staatsarchiv München; HeSt = Nachlaß G. Herron, Stanford, Hoover Institution; HGSt = Nachlaß Hugh Gibson, ebd. (d. Vf. dankt Herrn Michael Gibson, Washington, vielmals für die Erlaubnis zur Benutzung); IF = Der Interfraktionelle Ausschuß, 2 Bde., hg. v. E. Matthias u. R. Morsey, Düsseldorf, 1959; NA = National Archives, diplom., legal and fiscal branch, dec. file, Washington; PAAA = Politisches Archiv d. Ausw. Amtes, Bonn, Ver St = Vereinigte Staaten (Aktenreihe AA); Wkg = Der Weltkrieg, (ds.); WWW = Nachlaß Woodrow Wilson, Library of Congress, Washington; Zus. = Zusatz. -- Die Benutzung amerik. Akten war d. Vf. dank eines Stipendiums d. American Council of Learned Societies möglich.

Kampagne die Heimatfront erste Risse aufzuweisen, wie die Streiks Ende Januar vor allem deutlich machten².

Tatsächlich sah sich die deutsche Reichsleitung infolge der beiden Erklärungen Wilsons dem zunehmenden Druck der Linksparteien des Reichstages ausgesetzt. Dem Reichskanzler wurde bekannt, daß Scheidemann die Kundgebungen des amerikanischen Präsidenten ernst nähme, ja daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion „in eine schwierige Lage gegenüber neuen Kreditforderungen“ der Reichsleitung geraten könnte, falls sich diese nicht bereit erklärte, mit Wilson aufgrund von dessen am 11. Februar bekanntgegebenen Vier Punkten über einen Frieden zu verhandeln. Darüber hinaus war man sich in der Reichsleitung angesichts der bevorstehenden Frühjahrsoffensive der Notwendigkeit bewußt, den friedenswilligen Kräften – d. h. in erster Linie der Linken – in den Entente-Ländern den Rücken zu stärken. Die Reichsleitung konnte es sich also nicht leisten, die Reden des amerikanischen Präsidenten einfach zu ignorieren, und kam aus innenpolitischen und kriegspsychologischen Erwägungen heraus nicht umhin, zugunsten der von Wilson umrissenen liberal-pazifistischen Friedensziele mindestens ein Lippenbekenntnis abzulegen³. Der deutsche Reichskanzler selbst tat dies am 24. Januar vor dem Hauptausschuß des Reichstages und am 25. Februar vor diesem selbst – in der Form beidemal entgegenkommend, in der Sache jedoch ausweichend. Gewiß nahm er mit seiner Rede vom 25. Februar Wilsons Vier Punkte vom 11. (mit denen dieser das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung als Grundlage für den künftigen Frieden umschrieben hatte) ausdrücklich an und folgte damit dem Drängen der Führer der deutschen Linksparteien. Aber dieses Einlenken im Grundsätzlichen bewirkte noch keine Konzessionen in den konkreten Streitfragen: Eine vorbehaltlose Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens nach Friedensschluß blieb aus; die „Einmischung“ der Westmächte in die Angelegenheiten Osteuropas wurde scharf abgelehnt. Noch immer schimmerte damit durch die Reden Hertlings die Vorstellung durch, die der deutschen Diplomatie seit langem schon über die Rolle Amerikas beim Friedensschluß vorgeschwebt hatte: Die Vereinigten Staaten sollten zwar das Friedenswerk mit der vertraglichen Verankerung allgemeiner Friedensgarantien bekronen helfen, an diesem selbst aber möglichst wenig beteiligt sein⁴.

Damit hatte die Reichsleitung freilich nicht ihr letztes Wort sprechen wollen. Unmittelbar nach der Reichstagsrede Hertlings vom 25. Februar begann die deutsche Diplomatie, insgeheim Fühler nach der amerikanischen Seite hin auszustrecken. Ein Gespräch über die Möglichkeiten eines Verhandlungsfriedens entspann sich zwischen deutschen und amerikanischen Emissären, das bis zu dem Moment fort-dauerte, als Deutschland am 3. Oktober 1918 amtlich und öffentlich mit der Bitte um Waffenstillstand und Frieden auf der Basis der Vierzehn Punkte an den amerikanischen Präsidenten herantrat. Wie noch zu zeigen, bildete das vorausgehende

² Dte. Rev., Kap. I/2

³ Deutelmoser, Aufz. f. Hertling, 15. II. 1918, in: Deutsch-sowj. Beziehungen . . . , hg. v. Min. f. Ausw. Angel. d. DDR u. d. UdSSR, Dokumentensammlung I (1967), S. 412f.

⁴ Schultheß, Deutscher Gesch.-Kal., Jg. 1918, I, S. 19ff. bzw. 86ff.

inoffizielle deutsch-amerikanische Friedensgespräch bis zu einem gewissen Grade die Voraussetzung für diesen deutschen Schritt. Mehr noch: Es wirft aus deutscher und aus amerikanischer Perspektive Licht auf die vieldiskutierte Frage nach den Chancen eines Verständigungsfriedens im letzten Weltkriegsjahr.

Die folgende Analyse dieses geheimen Dialogs soll zwei Hauptgesichtspunkten untergeordnet werden: Auf der einen Seite ist zu untersuchen, wieweit die deutsche bzw. die amerikanische Seite mit dem Fortspinnen dieses Gesprächs nicht nur taktische Zwecke verfolgt hat – Deutschland, indem es sich aus kriegspsychologischen Gründen den Friedenswünschen Wilsons und der Linken nur äußerlich anpaßte oder gar versuchte, die Vereinigten Staaten von deren „Assoziierten“ abspenstig zu machen, – Amerika, indem es auf eine Demoralisierung der inneren Front bei den Mittelmächten hinarbeitete. Auf der anderen Seite ist die noch wichtigere Frage zu beantworten, wieweit die Friedensprogramme, welche die deutschen bzw. die amerikanischen Mittelsmänner bei ihren geheimen Treffen offenlegten, überhaupt die Aussicht boten, miteinander in Einklang gebracht zu werden.

II

Zuvor ist es jedoch nötig, einen Blick auf die Persönlichkeiten der Vermittler zu werfen, schon um zu klären, wieweit diese von sich aus als amtlich autorisiert angesehen werden dürfen. Als Mittelsmann auf amerikanischer Seite taucht in den deutschen Akten am häufigsten der Name des amtierenden U.S.-Generalkonsuls (= „Viceconsul“) in Zürich James C. McNally auf. Unter den Republikanern in den konsularischen Dienst der Vereinigten Staaten aufgenommen, geriet dieser gebürtige Ire nach dem Wahlsieg der Demokraten 1912 in berufliche Bedrängnis: Der Vorwurf passiver Bestechung wurde gegen ihn erhoben (und endgültig erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wieder fallengelassen!); seine berufliche Kompetenz erweckte Zweifel; mehrfach drohte ihm die Entlassung. Erst die Verwicklung Amerikas in den Weltkrieg brachte eine vorläufige Erleichterung in seiner beruflichen Misere; denn nun wurden plötzlich seine engen Beziehungen zu Deutschland interessant. Diente doch sein Schwiegersohn, der Kapitänleutnant Friedrich Mensing, in der deutschen Marine als aktiver Seeoffizier. Dank diesem, so schien es in Washington, – tatsächlich aber wohl unabhängig von ihm – verfügte der Vizekonsul über ausgezeichnete Beziehungen zu eingeweihten deutschen Politikern und Militärs. Damit geriet er in das Zwielflicht der Weltkriegsspionage. Außenminister Lansing und General Pershing protegieren ihn als Quelle sowohl politischer wie auch militärischer Geheiminformationen. McNally durfte sogar unter Umgehung seiner Vorgesetzten an der amerikanischen Gesandtschaft in Bern direkt nach Washington berichten⁵! Trotzdem gelang es ihm nicht, die Stimmen vieler seiner Kollegen zum Schweigen zu bringen, die seine Loyalität anzweifelten. Sicher zu Unrecht – es sei denn, man bezeichnete seine Bemühungen,

⁵ Dte. Rev., Kap. I/1, Anm. 42–46.

neben seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu vermitteln, eo ipso als illoyal⁶. Als Ire den Ententemächten kühl gegenüberstehend, sah McNally hier seine eigentliche Mission. Ihr – und nicht der Erschließung militärischer Nachrichtenquellen, wie Mensing auch nachträglich versichert hat – sollte die verwandtschaftliche Verbindung zu seinem Schwiegersohn dienen, dessen Frau – McNallys Tochter – in Zürich lebte und es möglich machte, daß dieser, ohne Aufsehen zu erregen, in die Schweiz einreiste und mit seinem Schwiegervater Verbindung aufnahm⁷.

Mit der Familie McNally-Mensing freundschaftlich verbunden war der Großindustrielle Harold McCormick, leitender Mitarbeiter im „International Harvester“-Konzern, Schwiegersohn John Rockefellers, kurz Exponent des höchsten amerikanischen Finanz-Establishments. Seine Firma hatte 1912 Wilsons Wahlkampf finanzieren helfen. Er durfte deshalb auf ein gewisses Wohlwollen im Weißen Haus hoffen, wie man auch im Auswärtigen Amt in Berlin annahm. Überdies war er mit dem letzten deutschen Botschafter in Washington Bernstorff befreundet. Im Laufe des Krieges hatte er sich pazifistischen Vorstellungen genähert. Einen Gesinnungsgenossen hatte er in dem in Zürich arbeitenden deutschen Chemiker Leopold Nathan gefunden, der dann auch im Frühjahr 1918 den Kontakt zum Auswärtigen Amt in Berlin hergestellt hat⁸.

Gelang es die Vertraulichkeit dieser Verbindungen noch einigermaßen zu wahren, so nahm ein dritter Mittelsmann zu Wilson eine schon fast offiziöse und öffentlich bekannte Position ein: George D. Herron, ein in der Schweiz als Privatgelehrter lebender, wohlhabender ehemaliger amerikanischer Theologieprofessor. Herron, selbst ein der Sache der Entente fanatisch ergebener christlicher Sozialist, bemühte sich um Querverbindungen zu Vertretern der europäischen Linksparteien, vor allem aus dem Lager der Mittelmächte. Prominenz und einen beinahe offiziellen Status gewann er, als Wilson mit seiner Vorliebe für informelle diplomatische Methoden ihn Anfang 1918 in seine Sondierungen mit Vertretern der Habsburger Monarchie mit einbezog. Seitdem galt er, auch wenn man ihn persönlich nicht immer ernst nahm, bei Freund und Feind als persönlicher Emissär Wilsons in der Schweiz⁹. Nicht ganz zu Unrecht, wie wir noch sehen werden! Daß er auch dem Foreign Office berichtete, war weniger bekannt. Die deutsche Regierung hatte sich seiner schon im Dezember 1917 zu bedienen gesucht, um Friedensfühler nach Washington auszustrecken. Als indessen jede Reaktion ausblieb und zudem scharf antideutsche Presseartikel aus Herrons Feder und dessen Beziehungen zu emigrierten deutschen „Republikanern“ im Auswärtigen Amt bekannt wurden, distanzierte sich die Wilhelmstraße rasch wieder von ihm und betrachtete ihn fortan mit Mißtrauen¹⁰.

⁶ H. Gibson, Diary, 20./21. IV. 1918, HGSt.

⁷ Freundl. Mitteilungen v. Herrn F. Mensing, San Franzisko.

⁸ Hertling, Aufz., 21. VI. 1918, PAAA GHQ 197; Haniel, Aufz., 9. IV. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1; Bernstorff, Erinnerungen u. Briefe (1936), S. 158; F. Mensing an d. Vf.

⁹ Dte. Rev., Kap. I/1. Adolf Müller an Dandl, 26. VII. 1918, GStAM MA I/951.

¹⁰ W. Steglich, D. Friedenspolitik d. Mittelmächte 1917/18, I (1964), S. 270ff. – Herron

Jedoch verfügte Herron unabhängig davon über Beziehungen zu Deutschland. Diese führten in das Lager der deutschen Linken: zu radikalen Pazifisten wie Ludwig Quidde und Friedrich Wilhelm Foerster und zu gemäßigten Mitgliedern der Reichstagsmehrheit wie Conrad Haußmann. Besonders eifrig kultivierte Herron seine Kontakte zu Vertretern Bayerns, z. B. dem sozialdemokratischen Journalisten und Abgeordneten Adolf Müller, der inoffizielle Aufträge seiner Regierung in der Schweiz ausführte, und dann seit dem Juni 1918 vor allem zu Robert de Fiori, ebenfalls einem zuletzt in München tätigen sozialdemokratischen Journalisten – einer etwas undurchsichtigen Gestalt: der Herkunft nach Österreicher (er stammte aus Görz), dann im Krieg bezahlter Agent des Berliner Auswärtigen Amtes mit dem Auftrag, über die innere Entwicklung Italiens zu berichten und wohl auch den Habsburgischen Verbündeten etwas zu beschatten, „allzu gegenwärtig“, wie ihn Müller charakterisierte, mit Querverbindungen zur bayerischen Regierung und zu Reichstagsabgeordneten seiner eigenen Partei und des Zentrums¹¹. Für Herron zweifellos ein ausgezeichnete Informationskanal hinüber zur deutschen Linken!

III

Als das Auswärtige Amt noch unter dem Eindruck der Vier-Punkte-Rede Wilsons Ende Februar beschloß, den Versuch zu machen, mit Amerika direkt und vertraulich ins Gespräch zu kommen, wählte es als Vermittler, wie nach dem soeben Gesagten zu erwarten, nicht Herron, sondern Mensing und dessen Schwiegervater McNally: Unter striktester Geheimhaltung ließ es den Marineoffizier vom Reichskanzler mündlich instruieren und ihm dazu noch eine Denkschrift Hertlings aushändigen, die er seinem Schwiegervater zur Weitergabe nach Washington anvertrauen sollte. In diesem Memorandum bekräftigte die Reichsleitung, was Hertling schon vor dem Reichstag ausgeführt hatte – vor allem, daß es ihr mit der Anerkennung der Vier Grundsätze Wilsons ernst sei. Außenpolitisch läge dem Reich keineswegs an Gebietserwerbungen, sondern nur an geordneten Zuständen auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches. Deutschland sei überhaupt bereit, über jedes Problem vertraulich zu diskutieren – außer der Integrität seines eigenen Territoriums (Elsaß-Lothringen!). Innenpolitisch handele die Reichsleitung frei von militärischen Einflüssen, wie dies ihre Annahme des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechtes (ohne Konsultation der Militärs) bewiesen hätte. Der Vorwurf

verkehrte u. a. mit W. Muehlon u. dem ehemal. Konsul v. Schlieben, der die von der aml. amerik. Propaganda-Organisation CPI finanzierte „Freie Zeitung“ mit herausgab (Gibson, *Diary*, 22. IV. 1918, HGSt; G. Scholz, *Staatl. Information u. Propaganda im Krieg*, Diss. phil. Heidelberg 1967, S. 46, 59f., 116 (mit weit. Lit.). – *Deutsche Sicht*: Romberg an AA, 29. III., 20. IV. u. 29. VII. 1918, PAAA Wkg 2 geh/58 bzw. VerSt 16/55 bzw. Wkg 2 ggeh/1; AA, Aufz., 17. u. 22. IX. 1918, ebd./2).

¹¹ A. Müller an Dandl, 26. VII. 1918, GStAM MA I/951; Anon. Aufz., 18. IV. 1917, ebd., Ges. Bern, Pers.-Akte „De Fiori“; M. Briggs, *George Herron and the European Settlement* (1932), S. 50ff. D. Vf. dankt Mrs. S. Milton, Stanford, f. freundl. Hinweise.

des Militarismus bestehe also zu Unrecht, zumal Deutschland auch über allgemeine Friedensgarantien einschließlich einer internationalen Rüstungsbegrenzung zu verhandeln bereit sei. Über Belgien enthielt Hertlings Denkschrift nichts¹². Auf der Ebene des Grundsätzlichen bildete diese Apologie der deutschen Ost- und Innenpolitik dennoch einen erstaunlichen Erfolg der Wilsonschen Kundgebungen.

Da McNally inzwischen zu einer nicht ganz durchsichtigen Mission nach Spanien abgereist und dann auf seiner Rückfahrt in Frankreich polizeilich festgenommen worden war, wie man auch in Berlin erfuhr, verzögerte sich die Übergabe der deutschen Denkschrift bis in die erste Hälfte des Mai, nachdem man McNally in Frankreich wieder freigelassen hatte. Wir werden über ihr weiteres Schicksal im Zusammenhang mit der amerikanischen Kriegsdiplomatie noch hören¹³.

Noch bevor McNally Hertlings Memorandum hatte erhalten können (und gleichzeitig mit einem schon im Anfangsstadium gescheiterten Sondierungsversuch in Holland¹⁴), hatte sich Harold McCormick über Nathan erboten, deutsche Friedensvorschläge an den amerikanischen Präsidenten persönlich weiterzuleiten.

Die Reichsleitung griff diese Anregung sogleich auf. Am 18. März entsandte sie den Baron von Haniel, einen Beamten des Auswärtigen Amtes und früheres Mitglied der deutschen Botschaft in Washington, zu einem Gespräch mit McCormick in die Schweiz¹⁵. Das Ergebnis dieses Treffens waren zwei Aufzeichnungen, die McCormick dem amerikanischen Staatsoberhaupt eigenhändig in Washington zu übergeben versprach¹⁶. Von diesen Aufzeichnungen wurde die eine als Botschaft des deutschen Kanzlers selbst bezeichnet (Haniel hatte sie in enger Anlehnung an die Mensing übergebene Denkschrift verfaßt), die andere nur als persönliche Meinungsäußerung Haniels.

Die offizielle „Botschaft“ unterschied sich von der für McNally bestimmten Vorlage nur in einem nicht ganz unwichtigen Punkte: Sie enthielt den Zusatz, daß die Reichsleitung die Souveränität Belgiens nach dem Kriege nicht antasten wolle.

¹² Bussche an Romberg, 3. III. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Anon. Aufz. [Hertling] o. D. [ca. 4. III. 1918], ebd.; Zus. zu: Romberg an AA, 4. III. 1918, ebd. In Abwesenheit Kühlmanns, der in Brest verhandelte, waren v. d. Bussche u. Haniel federführend. Die betr. Akten durften nicht kursieren u. wurden in einem besonderen Faszikel „ganz geheim“, dem einzigen dieser Art unter den deutschen Weltkriegsakten, abgelegt. Mensing war dem Ausw. Amt seit 1917 bekannt (Mittlg. Mensings an d. Vf.).

¹³ Die Denkschrift muß McNally in den ersten Maitagen übergeben worden sein, wenn wir Nathan glauben dürfen (an Haniel, 7. u. 15. V. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1). McNally versprach Mitte Juli, die Aufz. an Wilson abzusenden (Bussche an Hertling, 16. VII. 1918, ebd. GHQ 197, Ver St 3/3-5). McNallys Verbleiben: Simson (Zürich), Aufz. v. 2. V. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1.

¹⁴ Eine Sondierung in d. amer. Gesandtschaft im Haag, für die Max Warburg vom Ausw. Amt instruiert wurde (G. Ritter, Staatskunst u. Kriegshandwerk IV [1968], S. 519f.; M. Warburg, Aus meinem Leben [1952], S. 58).

¹⁵ Haniel, Aufz., 9. IV. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1. D. Initiative lag eindeutig bei McCormick (Bussche an Grünau, 14. VII. 1918, ebd.).

¹⁶ Zit. nach d. amer. Original: McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW; auch: Haniel, Aufz., 9. IV. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

Das deutsche Engagement in Osteuropa wurde dagegen ähnlich wie schon vorher als Schutz des Reiches vor allgemeiner Anarchie begründet.

Mit seinem persönlichen Kommentar schwächte Haniel diese deutsche Selbstrechtfertigung etwas ab, indem er zugab, daß der Stand der Dinge in Osteuropa noch nicht als Verwirklichung der vier Grundsätze Wilsons bezeichnet werden könne, daß vielmehr die endgültige Friedensregelung dort von dem Ergebnis einer auf breiter Grundlage zu erfolgenden Volksbefragung abhängig gemacht werden müsse. In gewisser Weise schränkte Haniel auch die über Belgien abgegebene Erklärung ein; denn er versicherte, daß die deutsche Flamenpolitik die belgische Souveränität nicht berühre, sondern das Selbstbestimmungsrecht der Völker befolge. Die deutsche Bereitschaft, allgemeine Friedensgarantien zu akzeptieren, präziserte Haniel (hier McCormick folgend) dahingehend, daß Deutschland gewillt sei, vom Reichstag autorisierte Vertreter in den Friedenskongreß zu entsenden. Auch auf die deutsche Innenpolitik ging Haniel ein: Den Ausbruch einer Revolution erklärte er als unwahrscheinlich. Er warnte im Gegenteil, daß sich mit weiteren deutschen Siegen im Westen die Stellung der konservativen Kräfte verbessern, die der gemäßigten Anhänger einer Verständigung dagegen verschlechtern würde. Eine Verständigung sei außerdem ausgeschlossen, wenn die Alliierten darauf beständen, Deutschland vor den Friedenskongreß gleichsam wie einen Angeklagten vor ein Tribunal zu zitieren.

Von Nathan unterstützt, ließ Haniel also den Verständigungswunsch der deutschen Gemäßigten (zu denen er sich selbst rechnete) vor allem mit Hilfe innenpolitischer Argumente als besonders dringend erscheinen und nahm dabei in Kauf, daß er mit dieser Taktik die von Wilson immer wieder verkündete These, Deutschland zerfalle in ein kriegslüsternes Autokraten- und ein friedenswilliges Demokraten-Lager, implizit bestätigte¹⁷.

Auch diese Botschaft erreichte, so hörte man in Berlin, ihren Empfänger erst auf Umwegen: Die Schweizer Gesandtschaft der U.S.A. verweigerte McCormick den von ihm erbetenen Diplomatenpaß, erlaubte aber die Beförderung der versiegelten Botschaft in ihrem Depeschensack. McCormick selbst kehrte über Paris in die Vereinigten Staaten zurück und erwirkte, wie wir noch sehen werden, tatsächlich eine Aussprache mit dem Präsidenten¹⁸.

Wie ernst die deutsche Reichsleitung ihre Sondierungen bei Wilson nahm, erwies sich wenige Wochen später im Juni 1918, als OHL und Marineleitung an sie mit dem Plan, den verschärften U-Boot-Krieg bis auf die amerikanischen Territorialgewässer auszudehnen, herantraten. Vom Auswärtigen Amt sekundiert, widersetzte sich Hertling diesem Ansinnen sofort energisch und motivierte seinen Ein-

¹⁷ Anschreiben Nathans zu Hertlings Botschaft, in: McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW.

¹⁸ McCormick hatte anfangs die Botschaft dem Präs. eigenhändig übergeben wollen (Briefwechsel Haniel/Nathan, 7., 13., 15. u. 18. V. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Kühlmann an Grünau, 25. VI. 1918, ebd. GHQ 197, Ver St 3/3-5; Hertling an v. Müller, 21. VI. 1918, ebd.; Ritter IV, S. 367f.).

spruch vornehmlich mit den laufenden Versuchen, Gespräche mit Wilson anzuknüpfen: Das militärische Kalkül, so führten die Vertreter der Reichsleitung aus, dürfe die deutsche Diplomatie nicht noch einmal wie im Januar 1917 dem Vorwurf der Doppelzüngigkeit aussetzen. Mit diesen Argumenten drangen die Berliner Politiker schließlich bei Wilhelm II. durch (der wie die OHL bei dieser Gelegenheit überhaupt zum ersten Male über den deutschen Sondierungsversuch gehört haben dürfte). Der geplante nochmalig verschärfte U-Boot-Krieg unterblieb¹⁹.

Diese Hartnäckigkeit der politischen Führung schien Mitte Juli schließlich durch einen schon kaum noch erwarteten diplomatischen Erfolg belohnt zu werden. Am 10. Juli erhielt das Auswärtige Amt von McNally den Text einer Instruktion, die dieser, wie er behauptete, soeben vom State Department – d.h. letztlich von Wilson selbst! – erhalten hatte. Sie lautete:

„Setzen Sie sich sofort mit Ihrem Schwiegersohn in Verbindung. Telegraphieren Sie die deutschen Friedensbedingungen und garantieren Sie volle Aufrichtigkeit.“²⁰

Diese Nachricht erregte in Berlin und im Großen Hauptquartier einiges Aufsehen und wurde auch dem Kaiser sofort vorgelegt²¹. Dieser sah jedoch auch noch zu diesem Zeitpunkt keine Veranlassung zu dem anscheinend von Wilson selbst angeregten Schritt. Er verlangte vielmehr, daß umgekehrt es Sache des amerikanischen Präsidenten sei, mit Friedensvorschlägen hervorzutreten²².

Es ist bezeichnend für die geringe Meinung, die über das politische Urteil des „Obersten Kriegsherrn“ im Auswärtigen Amt herrschte, daß dieses, weil es von Wilsons Friedenswillen überzeugt war, sich ohne Bedenken über den kaiserlichen Einspruch hinwegsetzte und den Kanzler dennoch zu einer Antwort auf das angebotene amerikanische Angebot überredete. Vom Kaiser selbst nolens volens akzeptiert, ging diese schon wenige Tage später ab, weil man nach Meldungen aus Bern befürchten mußte, daß McNallys direkte Verbindung zum State Department unterbunden werden würde²³.

Die deutsche Antwort bestand aus zwei (am 15. und am 20. Juli abgesandten) Teilen: Im ersten wurde den Amerikanern statt der erbetenen Bekanntgabe der deutschen Bedingungen der Vorschlag gemacht, daß sich autorisierte und instru-

¹⁹ Schriftwechsel Grünau-Hertling, Kühlmann-Lersner, 21., 24., 25., 26. VI. 1918, PAAA GHQ 197, Ver St 3/3-5; v. Müller, Regierte d. Kaiser? (1959) S. 387 f.; Prot. v. 29. VII. 1918, z. T. in: D. Werk d. Unters.-Ausschusses d. . . Reichstages, 4. R.; D. Ursachen d. dten. Zusammenbruchs II (1928), S. 348 ff.; vollst. in: BA Schw.

²⁰ Romberg an Haniel, 10. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1: „Communicate at once with son-in-law. Cable German peace terms and guarantee full sincerity . . .“ Dieser Text wurde d. deutschen Attaché v. Simson v. Frau McNally übergeben, die hinzufügte, daß das Originaltel. vernichtet sei. Ähnl. Mitteilung McNallys an Mensing schon im Mai: Romberg an AA, 24. V. 1918, ebd.

²¹ Ritter IV, S. 566 f.

²² Radowitz an v. d. Bussche, 14. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Romberg an Haniel, 10. VII. 1918, ebd.; F. Fischer, Griff nach d. Weltmacht, 3. Aufl. (1964), S. 845 (der H. McCormick mit dem späteren Senator Medill McCormick verwechselt).

²³ Bussche an Grünau, 14. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Romberg an Haniel, 17. VII. 1918, ebd.

ierte Mittelsmänner an neutralem Ort treffen und dort Zug um Zug ihre Ansichten über die Friedensbedingungen austauschen sollten; im zweiten Teil erklärte die deutsche Regierung ihre Zustimmung nicht nur zu den vier im Februar verkündeten Grundsätzen, sondern auch zu den vier Punkten, die Wilson bei seiner jüngsten, am 4. Juli vor dem Grabe Washingtons gehaltenen Rede proklamiert hatte. Nur einen Vorbehalt machte sie: Sie erwartete, daß das erste dort aufgestellte Ziel – die Zerstörung aller Willkürmacht – nur allgemeine Geltung und keine besondere Spitze gegen das in Deutschland existierende Regierungssystem enthalten dürfe²⁴.

Mit der Annahme der neuen Vier Punkte Wilsons und der – aus heutiger Sicht reichlich naiven – Einschränkung des ersten Punktes hatte die Reichsleitung einer Anregung Folge geleistet, die wieder von dem rührigen McNally ausgegangen war²⁵. Wie noch zu zeigen, gelangte diese Antwort zusammen mit den Hauptpunkten der Mensing übergebenen Notiz tatsächlich auf den Schreibtisch des amerikanischen Präsidenten.

Zur großen Enttäuschung des Auswärtigen Amtes blieb nun aber jedes Echo auf die deutsche Sondierung aus. McNally ließ erst im August wieder von sich hören, Washington könne das deutsche Angebot erst beantworten, wenn Wilson die Stimmung seines Volkes mit dem Blick auf die Herbstwahlen sondiert habe²⁶. Von McCormick verlautete überhaupt nichts²⁷.

Stattdessen zeichnete sich jetzt eine ganz neue Anknüpfungsmöglichkeit ab: Der Schweizer Bundesrat Schultheß machte Anfang Juli sowohl den deutschen Gesandten in Bern v. Romberg als auch den uns bereits bekannten Adolf Müller auf den eidgenössischen Gesandten in Washington Hans Sulzer aufmerksam, der z. Z. vorübergehend in der Schweiz weile. Sulzer, der Wilsons Intimus, dem Col. House, nahestehe, habe ihm mitgeteilt, daß nach dem Urteil hochstehender Amerikaner die Vereinigten Staaten und Deutschland in ihren Friedenszielen gar nicht so stark divergierten, wenn man einmal von der Kardinalfrage nach der Zukunft Belgiens absehe. Ob man dem bald in die Vereinigten Staaten zurückkehrenden Gesandten nicht eine an die amerikanische Adresse gerichtete mündliche Botschaft mitgeben wolle²⁸?

In einer von Schultheß vermittelten Unterredung mit Adolf Müller (die ungefähr am 20. Juli stattgefunden haben muß) präziserte Sulzer dann seine in Washington gewonnenen Eindrücke: Wilson, so legte er dar, führe den Krieg nicht um

²⁴ Bussche an Romberg, 15. VII. 1918, ebd.; Hintze an Romberg, 20. VII. 1918, ebd.: Vorbehalt – der Punkt I dürfe nur allgemein gegen Willkürherrschaft, nicht gegen eine bestimmte Regierung gerichtet sein!

²⁵ v. Simson [?] an AA, 15. VII. 1918, ebd.; Bussche an Hertling, 16. VII. 1918, PAAA GHQ 197, Ver St 5/3–5; Lersner an Hertling, 18. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Hertling an AA, 20. VII. 1918, ebd.

²⁶ Romberg an AA, 25. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

²⁷ Nathan an Haniel, 12. VII. 1918, ebd.; Romberg, Aufz. v. 20. VIII. 1918, ebd.

²⁸ Romberg an AA, 21., auch 11. VII. 1918, ebd. u. Wkg 2/79; A. Müller an v. Bergen (AA), 25. VII. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1. Schultheß sprach zunächst von einer Neutralisierung der Reichslande als für Amerika annehmbarem Vorschlag.

imperialistischer oder britischer Ziele, sondern um letztlich pazifistischer Prinzipien willen. Sein Hauptwunsch sei, eine „Weltgleichgewichtslage auf Grund der Prinzipien des Rechts, der Vernunft und der Billigkeit“ herzustellen. Das negative deutsche Echo auf seine Reden habe er bedauert. Hätte er doch seine konkreten Friedensvorschläge immer wieder als nicht unabänderlich, sondern vielmehr als auch mit dem Gegner diskutierbar bezeichnet, wenn man nur das Ziel eines „Zustandes der Gerechtigkeit“ im Auge behielte. Deshalb, so fügte Sulzer erläuternd hinzu, sei Wilson nach seiner – Sulzers – Meinung auch weder in der Kolonial-, noch in der Elsaß-Lothringen-, sondern nur in der Belgien-Frage wirklich festgelegt. Er – Sulzer – rate Deutschland dringend, einen Friedensschluß noch mit diesem Präsidenten zu suchen, ehe mit dessen Nachfolger der Imperialismus auch in Washington die Oberhand gewonnen habe. Er selbst erbot sich, ein Gespräch zwischen einem deutschen Vertrauensmann und einer (nicht genannten) hochstehenden amerikanischen Persönlichkeit auf Schweizer Boden zu vermitteln²⁹.

Nach einer ersten ziemlich nichtssagenden und im Ganzen ablehnenden Weisung an den deutschen Gesandten behandelte das Auswärtige Amt diese Anregungen – vielleicht, weil es noch auf einen Erfolg der über McNally laufenden Aktion hoffte – zunächst dilatorisch und entschloß sich erst Ende August, d. h. zu einem Zeitpunkt, da die militärische Lage für Deutschland bereits aussichtslos geworden war, zu einer präzisen Rückäußerung, obwohl v. Haniel sich sofort wärmstens für Sulzers Empfehlungen eingesetzt hatte³⁰.

Inzwischen war es (am 24. August) zu einer ersten Begegnung zwischen Romberg und Sulzer gekommen. Sie war anfangs recht entmutigend verlaufen: Sulzer hielt jetzt, angesichts der gesteigerten Siegeszuversicht der Westmächte, einen Gedankenaustausch mit dem Ziel einer Verständigung für aussichtslos. Der richtige Zeitpunkt zur Anbahnung von Friedensgesprächen sei der Anfang des Jahres 1918 gewesen, als Wilson „ernstlich“ auf eine Anknüpfung mit den Mittelmächten gehofft habe. Seit dem Brester Frieden habe er aber alles Vertrauen zur deutschen Regierung verloren. – Romberg reagierte auf diese Eröffnungen mit der üblichen generellen Verteidigung der deutschen Kriegspolitik und wies insbesondere auf die Zustimmung zu den vier am 4. Juli von Wilson verkündeten Grundsätzen hin, die Deutschland insgeheim auch Amerika hätte mitteilen lassen. Irgendeiner Festlegung in den materiellen Friedensproblemen – Belgien, Osteuropa und nicht zuletzt Elsaß-Lothringen – wich er jedoch aus. Trotzdem zeigte sich Sulzer bereit, eine schriftliche Fixierung der von Romberg angedeuteten deutschen Haltung dem amerikanischen Präsidenten z. B. über House zu übermitteln und zu erläutern³¹.

Romberg verwandte sich bei seinen Berliner Vorgesetzten für diesen Plan und

²⁹ A. Müller an v. Bergen, 25. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; ds. an Dandl, 24. VII. 1918, GS:AM MA 1/951.

³⁰ AA an Romberg, 12. VII. 1918, PAAA Wkg 2/79; Haniel, Aufz., 31. VII. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1.

³¹ Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd.

drängte zugleich auf größere Bestimmtheit in der Formulierung der deutschen Friedensbedingungen, vor allem auf eine Erklärung über die Freigabe Belgiens³².

In dem Bestreben, den einmal angesponnenen Faden nicht wieder abreißen zu lassen, übermittelte die Reichsleitung dem Gesandten am 31. August tatsächlich die erbetene Instruktion. Diese sollte jedoch nur unter der Voraussetzung in amerikanische Hände gelangen, daß Amerika sich zuvor schriftlich – z. B. durch House – eine abschwächende Deutung der Vierzehn Punkte zu eigen gemacht hätte, die Sulzer vorher dem deutschen Gesandten vorgetragen hatte: daß es nämlich zusicherte, daß es die in die „Soll“-Formel gekleideten Punkte (englisch: „should“) nur als Anregungen zu einer Diskussion auffasse, nicht aber als feststehende amerikanische Kriegsziele³³.

Die in diesem Fall zu übermittelnde Erklärung wiederholte die Zustimmung des Auswärtigen Amtes zu den am 11. Februar und am 4. Juli von Wilson aufgestellten Prinzipien. Von den Vierzehn Punkten lehnte die Wilhelmstraße keinen als Diskussionspunkt ab, auch nicht – und das war ein Novum – den Punkt 8, der u. a. die Reichslande betraf. Den Brester Frieden rechtfertigte sie in der bekannten Weise, gab aber zugleich die deutsche Bereitschaft kund, auch hierüber zur besseren Unterrichtung des Präsidenten die gewünschten Auskünfte zu erteilen. Jetzt endlich sagte sie auch positiv die volle Herausgabe Belgiens nach Friedensschluß zu, wenn auch noch unter dem letzten Vorbehalt, daß das Reich in seinen Beziehungen zu diesem Lande auch zukünftig mit den anderen Großmächten gleichgestellt sein müsse. Auf dieser Grundlage wiederholte die Reichsleitung ihren Vorschlag einer ganz vertraulichen Aussprache „between gentlemen“³⁴.

Hätte Sulzer entsprechend den deutschen Wünschen gehandelt, so wäre dies praktisch auf einen inoffiziellen Schweizer Friedensvermittlungsversuch hinausgelaufen. Die ganze Angelegenheit drohte ihm damit über den Kopf zu wachsen, und es verwundert nicht, daß ihm Bedenken kamen: Mußte er nicht bei der Regierung, bei der er akkreditiert war – also in Washington – anfragen, ob man dort gegen die Weiterleitung deutscher Erklärungen durch ihn keine Einwände erheben würde³⁵? Auf jeden Fall bestand er jetzt auf einer Unterrichtung des Bundespräsidenten Calonder. Dieser wagte es dann jedoch seinerseits nicht, den vorgeschlagenen Schritt ohne Zustimmung des Bundesrates, d. h. des Kabinetts, zu autorisieren. Warum, so fragte er den deutschen Gesandten, wolle Deutschland nicht „klipp und klar“ mit seinen Friedensbedingungen hervortreten? Das war mittlerweile auch Sulzers Meinung, und es überrascht, daß er am 26. September zu guter Letzt die deutsche Notiz über die Friedensbedingungen dann doch noch entgegen-

³² Romberg, Aufz., 20. VIII. 1918, ebd.

³³ Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, ebd.; vgl. auch ds. an ds. 31. VIII. 1918, ebd. Wkg 2/82; v. Schubert, Not., 9. IX. 1918, ebd. Wkg ggeh/2. Hinweis auf Unterscheidung zwischen „must“ u. „should“ schon durch Sulzer (Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd./1).

³⁴ Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

³⁵ D. Einwände Sulzers ergeben sich aus d. Antwortschreiben M. Hubers, des Rechtsberaters v. Bundespräsid. Calonder, (an S., 16. IX. 1918, Nachl. Sulzer, Winterthur).

nahm³⁶. Inzwischen hatte aber Berlin diesen Sondierungsversuch überhaupt schon aufgegeben, weil bei einer Unterrichtung der Schweizer Regierung die vorausgesetzte Geheimhaltung nicht mehr gesichert schien³⁷. In der Tat sah sich Sulzer Ende September durch eine wohl von alliierter Seite lancierte Indiskretion bloßgestellt³⁸. Damit war diese Aktion endgültig im Sande verlaufen.

IV

Sehr im Gegensatz zu der Beflissenheit, mit der sich das Auswärtige Amt seit dem Frühjahr 1918 um das Fortspinnen aller nach Washington hinüberführenden Fäden bemühte, stand die Zurückhaltung, mit der es den angeblichen Sprecher Wilsons in der Schweiz, George Herron, behandelte. Gewiß duldeten es weiterhin die Treffen, die zwischen ihm und Vertretern der gemäßigten deutschen Linken stattfanden, wie z. B. die Gespräche, die der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann im Winter 1917/18 zweimal mit ihm in Genf geführt hat. Haußmann konnte zwar auch nicht die Frage beantworten, wieweit Herron in allen seinen Äußerungen jeweils von Washington autorisiert war, und vernahm mit Bedenken die Ansicht Herrons, daß die Mittelmächte ihre Friedensvorschläge einem „Friedenstribunal“ zu unterbreiten haben würden³⁹. Ungeachtet dessen betrachtete er Herron jedoch als „Hauptvertreter“ Wilsons in der Schweiz und zeigte sich von seinen Darlegungen im ganzen günstig beeindruckt. War das Entscheidende nicht, daß Herron die sofortige Einleitung von Verhandlungen durch Wilson mit dem Ziel einer Verständigung in Aussicht gestellt hatte, wenn sich das Reich nur bereit erklärte, Wilsons allgemeinen Friedensgrundsätze (Völkerbund und Abrüstung) zu akzeptieren und in einigen wenigen konkreten Streitfragen – etwa durch Zusicherung der vollen Wiederherstellung Belgiens und durch die Gewährung eines autonomen Status für Elsaß-Lothringen – Amerika entgegenzukommen⁴⁰? Im Februar 1918 fügte Herron die Annahme der von Wilson am 11. des Monats aufgestellten vier Grundsätze als Vorbedingung Amerikas für Friedensverhandlungen noch hinzu und dürfte damit nicht nur die Haltung der Führer der deutschen Linksparteien, sondern vielleicht auch die Reichsleitung selbst beeinflußt haben. Entsprechend doch bekanntlich der Reichskanzler mit seiner Rede vom 25. dieser Aufforderung – möglicherweise, wie Haußmann nachträglich vermutet hat, in Kenntnis von Herrons Anregungen⁴¹.

³⁶ Romberg an Hertling, 30. VIII. u. 26. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2; ds. an AA, 17. IX. 1918, ebd.

³⁷ Hintze an Romberg, 25. IX. 1918, ebd.

³⁸ S. u. Anm. 81.

³⁹ Haußmann, Aufz., 1. I. 1918, PAAA Wkg 2 geh/55.

⁴⁰ Haußmann, Aufz., 17. II. 1918, BA Schw; ds. an Kühlmann, 24. II. 1918, PAAA Wkg 2 geh/57; Hertling, Aufz., 23. I. 1918, ebd./56; Max v. Baden, Erinnerungen u. Dok. (1927), S. 226.

⁴¹ Haußmann, Aufz., 17. II. 1918, BA Schw; IF II, S. 580.

Hauptmittelsmann zwischen Herron und den deutschen Politikern ist dann jedoch, wie schon angedeutet, der österreichisch-bayerische Journalist Robert de Fiori geworden. Diesen hatte Friedrich Wilhelm Foerster, ein alter Bekannter Herrons, von München aus Anfang Juni mit einem Empfehlungsschreiben bei Herron eingeführt. Foerster hoffte, durch Vermittlung Herrons den amerikanischen Präsidenten zu einer Wiederaufnahme seiner im Zeichen nicht-militaristischer Friedensziele stehenden, gegen die Zentralmächte gerichteten politischen Offensive überreden zu können⁴². De Fiori sicherte sich darüber hinaus die Zustimmung Adolf Müllers, der schon im März mit Herron Fühlung aufgenommen hatte und, nach anfänglichen Bedenken, de Fiori dann doch „zur Erlangung psychologischen Materials“ gewähren ließ, wie er unverzüglich dem bayerischen Ministerpräsidenten berichtete⁴³. Von einem amtlichen Auftrag von seiten der bayerischen Regierung kann bei alledem natürlich keine Rede sein.

De Fiori ist daraufhin in den Folgewochen und -monaten mehrfach mit Herron zu Aussprachen über die Friedensfrage zusammengetroffen, die sich gelegentlich über mehrere Tage hinzogen. Unaufgefordert informierte er darüber das Auswärtige Amt und – mit dessen Wissen – den bayerischen Ministerpräsidenten⁴⁴. Der Tenor dessen, was der amerikanische Extheologe seinem deutschen Gesprächspartner (nach dessen Berichten) ans Herz legte, klang ähnlich den Eröffnungen, die Haubmann bereits von ihm gehört hatte: Amerika sei nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland zu vernichten, sondern um es für den Gedanken einer gesitteten Rechtsgemeinschaft zu gewinnen. Das amerikanische Ziel sei ein Frieden der Verständigung – nicht des Kompromisses! –, welcher der amerikanischen Weltanschauung entsprechen, Deutschland machtmäßig aber nicht beschneiden würde. Wilson sei zu geheimen Vorverhandlungen zu einem solchen Frieden sofort bereit, wenn Deutschland sich nur entschliesse, den ersten Schritt zu tun, wenn es ein klares Bekenntnis zu den außen- und innenpolitischen Grundsätzen des amerikanischen Präsidenten ablegte und seine Bereitschaft erklärte, die elsass-lothringische und die „posen-polnische“ Frage auf einem Friedenskongreß zu erörtern, wenn es ferner einer „freundschaftlichen Erörterung“ der Frieden von Brest und Bukarest zustimmen würde, Belgien freigäbe und seinen Gegnern ermöglichte, auch ihrerseits ein Bekenntnis ihres Anteils an der Schuld am Weltkrieg abzulegen. „In Deutschland müßten unzweideutige Tatsachen für die ehrliche Gesinnung der Regierung und des Reichstages klares und offenes Zeugnis ablegen“. Ein Minimum sei hier die Reform des preußischen Wahlrechtes. Für den Fall, daß Deutschland die ausgestreckte Friedenshand Amerikas indessen ausschlug, drohte Herron

⁴² Foerster an Herron, 8. V. [?] 1918, HeSt.

⁴³ Müller an Dandl, 16. VI. u. 24. VII. 1918, GStAM MA I/951: M. wollte de F. gewähren lassen, um ihn u. Herron aus den Gesprächen mit Sulzer herauszuhalten. – März-Kontakt: s. u. Anm. 62.

⁴⁴ De Fiori an v. Bergen, 13. u. 20. VI. 1918, PAAA Wkg 2 geh/61; Herron, Memor., 14. VI. 1918, bei: R. Lutz, *The Fall of the German Empire*, I (1932), S. 513f. (fortan zit.: Lutz I).

mit einem Krieg à outrance, in dem dann auch das militärische Gewicht seines Landes voll zum Tragen kommen würde:

„Im Frühjahr [1919] werden an der Westfront 5 Millionen . . . Amerikaner stehen . . . Meine militärischen Freunde schwelgen schon im Vorgenusse der Bombenabwürfe auf Düsseldorf, Köln, Karlsruhe, Hamburg, Berlin und versichern, diese Städte würden einfach niedergelegt werden“,

warnte er: Aus den amerikanischen Puritanern würden dann Fanatiker⁴⁵. Das war natürlich wenigstens zum Teil psychologische Kriegführung.

In allen seinen Verlautbarungen gab sich Herron – nach de Fiori – den Anschein, als handele er, wenn auch nicht amtlich, so doch offiziös ganz im Sinne Wilsons. Einmal berief er sich auf amtliche Instruktionen⁴⁶.

Obwohl de Fiori sich von den Ausführungen dieses „ehrlichen Ideologen“ beeindruckt zeigte, blieb das Auswärtige Amt bei seiner Zurückhaltung und stellte auch im September 1918 die Bekanntgabe der deutschen Friedenswünsche an Herron nur für den Fall in Aussicht, daß dieser seinerseits die amerikanischen präziserte. Gegen ein Fortbestehen eines unverbindlichen Kontaktes lagen weiter keine Bedenken vor, und Herrons Darlegungen wurden immerhin für wichtig genug befunden, um an den Reichskanzler und mindestens einmal auch an die OHL weitergeleitet zu werden⁴⁷.

Mit dieser Reserve geriet die amtliche deutsche Außenpolitik Mitte September 1918 in Konflikt mit den Anschauungen der Politiker der deutschen Linken. Schon Haubmann, so sahen wir, hatte die vom Auswärtigen Amt Herron gegenüber an den Tag gelegte Skepsis nicht ganz zu teilen vermocht⁴⁸. Noch mehr galt dies für die sozialdemokratischen Parteifreunde de Fioris, denen er direkt berichtete. Deutlich wurde dies im Interfraktionellen Ausschuß, in dem sich Scheidemann im Herbst 1918 mehrfach auf Herron berief, dessen Prophezeiungen sich doch alle bewahrheitet hätten. War es nicht eine „unerhörte“ Unterlassung, daß das Auswärtige Amt diesen Faden nicht aufgegriffen hatte? Für Scheidemann stand also die Authentizität Herrons als autorisierten Sprachrohrs des amerikanischen Präsidenten außer Zweifel. Ähnliches vermutete auch der „Vorwärts“⁴⁹. Das Auswärtige Amt hatte einige Mühe, die Wogen zu glätten, als es die Anhaltspunkte für seine Herron gegenüber gewährte Skepsis dem Hauptausschuß des Reichstages zu-

⁴⁵ De Fiori an AA, 13. VI. 1918, PAAA Wkg 2 geh/61; ds., 8. u. 18. VII., 31. VIII. u. 6. IX. 1918, ebd. Wkg ggeh/1 bzw. /2; ds., 5. IX. 1918, ebd. Wkg 2/82. Herron erklärte schon beim ersten Treffen mit de F.: „Amerika ist in den Krieg getreten, um Deutschland zu ernüchtern und für den Gedanken einer gesitteten Rechtsgemeinschaft . . . zu gewinnen, nicht um es . . . zu vernichten“ (De Fiori an AA, 15. VI. 1918, PAAA Wkg 2 geh/61).

⁴⁶ De Fiori an v. Bergen, 29., auch 18. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

⁴⁷ De Fiori an AA, 20. VI. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Weisung an de F. v. Rheinbaben, 15. VIII. 1918, ebd. Weiterlgt.: Randnot. zu de F. an AA, 15. VI. u. 18. VII. 1918, PAAA Wkg 2 geh/61 bzw. ebd. ggeh/1. Auch: De F., Aufz., 25. VIII. u. 29. IX. 1918, ebd. Wkg 2 geh/63.

⁴⁸ Hs. Zus. zu: Romberg an Hertling, 29. III. 1918, PAAA Wkg 2 geh/58.

⁴⁹ Bespr. v. 13. u. 15. IX. 1918, IF II, S. 577 ff. u. 597 f.

gänglich machte. De Fiori seinerseits wurde vom Auswärtigen Amt zu strikter Geheimhaltung seiner Informationen gegenüber „parlamentarischen und politischen Stellen“ ermahnt⁵⁰.

V

Konkrete Ergebnisse hatten damit weder die vom Auswärtigen Amt noch die von deutschen Linkspolitikern ausgehenden Verständigungsversuche erbracht. Es wird noch zu untersuchen sein, wieweit die Verantwortung dafür der amerikanischen Regierung zufiel. Aber lag nicht unabhängig davon mindestens ein Teil der Schuld auf der deutschen Seite? Eine Antwort auf diese Frage soll gefunden werden, indem die geschilderten deutschen Anknüpfungsversuche unter den beiden anfangs herausgestellten Haupt Gesichtspunkten noch einmal resümierend ins Auge gefaßt werden. Wir fragen:

1. Beabsichtigen die Deutschen *taktisch* lediglich den Abschluß eines Separatfriedens mit den Vereinigten Staaten; d. h. spekulierten sie auf deren Ausscheiden aus der gegnerischen Koalition? Oder kam es ihnen auf die Einleitung allgemeiner Friedensverhandlungen an?

2. War die Reichsleitung *kriegszielpolitisch* von Anfang an bereit, sich im Westen wie im Osten ganz auf den Boden des Wilsonschen Programmes zu stellen – mindestens so, wie sie es verstand?

Was die konkreten Kriegsziele anlangt (um mit der letzten Frage zu beginnen), so sind die deutschen Absichten relativ leicht faßbar: Im Westen war bekanntlich bis Anfang September 1918 von einer positiven, öffentlichen und dadurch verbindlichen Zusage für eine volle Wiederherstellung Belgiens nicht die Rede. Die deutsch-amerikanischen Sondierungen bestätigten im ganzen dieses Bild. Bemerkenswert ist nur der eine Satz in der von Hertling über McCormick an Wilson gerichteten Botschaft:

„Wir erwarten nicht, daß wir Belgien behalten werden und daß wir seine Souveränität antasten . . .“

Doch wurde diese Zusage durch Haniels ergänzende Bemerkung qualifiziert, Deutschland sei nicht der Ansicht, daß seine Flamenpolitik diesem Grundsatz und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker widerspräche⁵¹.

Ein positives Versprechen der Wiederherstellung Belgiens enthielt aber auch Hertlings Satz noch nicht. Ein solches wurde, amtlichen Instruktionen entsprechend auch noch Ende August von Romberg bei seinem Gespräch mit Sulzer vermieden⁵².

⁵⁰ D. Aufz. d. AA. v. 22. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2, war ausdrückl. f. d. Hauptauschuß d. Reichstages bestimmt. Ferner Notiz d. AA, 13. X. 1918, ebd., S. 096.

⁵¹ (McCormick), Message from Ct. Hertling, 17. III. 1918, WWW (vgl. Anm. 60).

⁵² Romberg, Aufz., 20. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; ds. an AA, 24. VIII. 1918, ebd.; Ritter, IV, S. 397 f.

Erst am 31. August ermächtigte Berlin seinen Gesandten in Bern auf dessen dringendes Ersuchen hin, die „vorbehaltlose“ Freigabe Belgiens „ohne Vorbelastung“ zu versprechen, wenn, wie gesagt, Amerika einer einschränkenden Interpretation der Vierzehn Punkte zustimmte und wenn Deutschland in Belgien auch zukünftig gleichgestellt wäre – die Belgienformel, auf die sich OHL und Reichsleitung angesichts der endgültig entschwindenden Siegesaussichten nach gespenstisch langem Feilschen um Worte geeinigt hatten⁵³. Erst Bedenken Rombergs führten schließlich am 12. September zum Fortfall auch dieses letzten Vorbehalts⁵⁴. Das gleiche Bild bieten die über Mittelsmänner (Graf Törring) geführten direkten Verhandlungen mit der belgischen Regierung: Auch hier ein Hinauszögern der deutschen Freigabeerklärung bis zu einem Moment, da der Waffenstillstandsantrag schon unmittelbar bevorstand⁵⁵.

Ebenso wenig kam die Reichsleitung in der Frage der Zukunft der Reichslande entgegen. Selbst der gar nicht voll autorisierte Mittelsmann de Fiori wahrte hier größte Zurückhaltung⁵⁶. Amtlicherseits wurden alle deutschen Friedensfühler im Sommer 1918 unter dem Vorbehalt ausgestreckt, daß die Integrität des Reichs-territoriums nicht diskutiert würde⁵⁷. Von dieser Haltung ist das Auswärtige Amt selbst erst mit seiner am 31. August an Romberg gerichteten Instruktion abgewichen, die nun auch eine Erörterung des deutschen Standpunktes in dieser Frage bei Friedenssondierungen nicht mehr ausschloß. Keinesfalls, so fügte Hintze auch jetzt noch hinzu, dürfte jedoch von einer Frankreich geschuldeten „Genugtuung“ gesprochen werden (was Wilson gefordert hatte!), sondern allenfalls von „irgend“-welchen Konzessionen an den französischen Nationalstolz⁵⁸.

Schon die für Mensing ausgefertigte Notiz enthielt die Erklärung der deutschen Bereitschaft, grundsätzlich über *alle* Fragen mit Wilson zu diskutieren, die nicht die Integrität des Reichsgebietes berührten. Galt dies auch für die politische Neuordnung Osteuropas? In seiner Rede vom 25. Februar hatte sich Hertling ausdrücklich die Einmischung der Alliierten in die Friedensregelung in Osteuropa verboten. Genau dieser Gedanke tauchte auch noch bei der ersten zwischen Romberg und Sulzer geführten Unterredung wieder auf, obwohl Romberg persönlich ihn nicht mehr für richtig hielt⁵⁹. Nur einmal hatte die Reichsleitung Wilson gegenüber ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, auch den Brester Frieden auf dem zukünftigen Gesamtfrieden zur Diskussion zu stellen, und zwar in der McCormick übergebenen Botschaft. Hier war es Haniel, der zugab, daß der

⁵³ Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Payer, Aufz., 19. I. 1919, ebd. Wkg 23 geh/32; Ritter IV, S. 402.

⁵⁴ Zus. zu: Romberg an AA, 11. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2.

⁵⁵ Ritter IV, S. 403 f.

⁵⁶ De Fiori an AA, 8. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; amerik. Quellen dazu s. u. Anm. 120.

⁵⁷ Z. B. (McCormick), Message from Ct. Hertling, 17. III. 1918, WWW (vgl. Anm. 60).

⁵⁸ Zus. Hintzes zu: Bussche an Hintze, 5. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd.; vgl. auch Anm. 54.

⁵⁹ Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd., u. ds., Aufz.; 20. VIII. 1918, ebd.

„gegenwärtige Status im Osten nicht die tatsächliche Verwirklichung der von Deutschland anerkannten Vier Grundsätze Wilsons . . . darstellte . . .“⁶⁰.

Aber dies war nur Haniels persönliche Meinung! Hertling schränkte gleichzeitig diese Bemerkung wieder ein, indem er nur deutsche Annexionsabsichten im Osten abstritt, für Deutschland aber im übrigen das Recht in Anspruch nahm, den Territorien Schutz zu erweisen, die ihn nach ihrer Abtrennung vom ehemaligen Zarenreich suchten⁶¹.

Daß man auf deutscher Seite (bis Ende August) nicht ernsthaft gewillt war, den Brester Frieden im Rahmen einer Gesamtfriedensregelung dem Urteil u. a. Wilsons zu unterbreiten, bewies schon die deutsche Reaktion auf eine entsprechende Aufforderung Herrons, die Adolf Müller Anfang März übermittelt hatte. Das Auswärtige Amt hielt diesen Wunsch für „höchst bedenklich“, und Herron wurde im Namen Hertlings abschlägig beschieden⁶². Ebenso fiel in der ersten Instruktion (vom 12. Juli), die Rombergs Sprache gegenüber Sulzer regelte, ein Passus wieder fort, der den Brester Frieden als nicht endgültig bezeichnet hatte⁶³. Die deutsche Diplomatie verhartete in dieser Haltung, obwohl Mittelsmänner sie immer wieder auf das besondere Interesse aufmerksam gemacht hatten, das Wilson der Rußlandfrage entgegenbrachte⁶⁴.

Erst in dem mehrfach erwähnten Erlaß vom 31. August wurde dann Romberg ermächtigt, Sulzer mitzuteilen, daß Deutschland einer Diskussion seines Standpunktes auch in der Frage des Ostfriedens nicht ausweichen würde, wenn es auch – immer noch! – der Ansicht sei, daß dieser im Prinzip dem Selbstbestimmungsrecht entspreche⁶⁵. Dessenungeachtet rief der Vizekanzler Payer öffentlich noch am 12. September den Westmächten ein „Hände weg von Osteuropa“ zu⁶⁶.

Angesichts dieser Zeugnisse bleibt für die einzig aus diesem Rahmen fallende, entgegenkommende Äußerung Haniels in der über McCormick an Wilson gerichteten

⁶⁰ Personal Remarks of B. Haniel, in: McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW.

⁶¹ (McCormick) Message from Ct. Hertling, 17. III. 1918, WWW (vgl. Anm. 60).

⁶² Zus. Bussches zu: Romberg an AA, 9. III. 1918, PAAA Wkg 2 geh/57. Vorgang: v. Böhm (bayer. Ges. in Bern) an Dandl, 7. III. 1918; Lerchenfeld an ds., 31. III. 1918: „Graf Hertling hat sich dahin geäußert, daß die von Professor Herron genannte Bedingung (Abschluß eines aus gemeinsamem Einverständnis aller Kriegführenden entstandenen Gesamtfriedens anstelle einer Anzahl von Separatfrieden und daher Revision der bisher geschlossenen Friedensverträge) unsererseits nicht zugegeben werden könne . . .“; Dandl an v. Böhm, 6. IV. 1918, alles: HStAM MA 97593.

⁶³ AA an Romberg, 12. VII. 1918, PAAA Wkg 2/79. Damit soll nur gezeigt werden, welche Rolle die Ostfriedensfrage in den deutschen Angeboten an Wilson gespielt hat, nicht jedoch ein endgültiges Urteil über die intern von Deutschland anvisierten Fernziele in Osteuropa abgegeben werden. Dazu vgl. W. Baumgart, Deutsche Ostpolitik (1967), S. 327 u. 394; W. Steglich, D. Friedenspolitik d. Mittelmächte I, S. 410 ff.; ferner Ursachen u. Folgen, hg. v. H. Michaelis, II, S. 230.

⁶⁴ Haußmann an AA, 11. III. 1918, PAAA Wkg 2 geh/57; de Fiori an Haniel, 2. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2; ds. an Rheinbaben, 14. IX. 1918, ebd.; Haniel. Aufz. v. 9. IV. 1918, ebd./1.

⁶⁵ Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, ebd.

⁶⁶ Schultheß, Deutscher Gesch.-Kal., Jg. 1918, I, S. 287; IF II, S. 702.

teten Botschaft nur die Erklärung, daß sie, wie Haniel ja selbst hervorhob, nur seiner eigenen Überzeugung entsprach, nicht aber „Amtsmeinung“ gewesen ist. Daß Deutschland nach außen hin zum Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes im Osten werden müßte, wenn es im Westen zu einer Verständigung gelangen wollte, war in der Tat seine persönliche Ansicht. Er selbst, der einstige Attaché an der deutschen Botschaft in Washington, war es auch, der sich von einer amerikanischen Friedensvermittlung besonders viel versprach. Er tat deshalb alles, um das deutsche Verhandlungsangebot möglichst attraktiv erscheinen zu lassen, eine Taktik, die auch seine uns schon bekannten sehr offeneren Äußerungen zur inneren Lage im Reich erklärt⁶⁷.

Alles in allem aber war die deutsche Politik bis Anfang September 1918 nicht bereit, sich bereits im Vorhinein und bedingungslos auf den Boden einer selbst für Deutschland günstigen Auslegung der Vierzehn Punkte zu stellen – auch nicht im Osten.

Waren die deutschen Friedensfühler dann also nur machiavellistische Taktik mit dem Ziel, die gegnerische Koalition durch einen deutsch-amerikanischen Separatfrieden zu sprengen? Diese Schlußfolgerung läßt sich aus dem deutschen Verhalten nicht ableiten. Haniel selbst hat jede derartige Absicht für die deutsche Politik verneint. McCormick, sein Mittelsmann, berichtete in diesem Sinne auch an Wilson⁶⁸. Charakteristisch waren auch die Argumente, mit denen das Auswärtige Amt im Sommer 1918 die Politik einer vorsichtigen Annäherung an Wilson gegenüber den Militärs verteidigte. Natürlich hat es dabei auch kriegspsychologische Gesichtspunkte geltend gemacht, d.h. den Wunsch, die Kriegsbereitschaft der Amerikaner durch extreme militärische Maßnahmen nicht noch mehr zu steigern⁶⁹. Das Hauptmotiv der deutschen Politik war dies indessen nicht, sondern die Hoffnung, Wilson, den A. Müller und Haniel als Vertreter der Idee eines „Weltgleichgewichtes“ aufgrund des Rechts bezeichneten, beim Wort nehmen und zu einer allgemeinen Friedensanbahnung gewinnen zu können⁷⁰. Das Auswärtige Amt hat sich zu diesem Ziel der OHL gegenüber offen bekannt, wenn es am 21. Juni erklärte:

„Endlich sollte auch nicht übersehen werden, daß wir zwar die Hoffnung haben dürfen, unsere übrigen Gegner niederkämpfen, daß wir aber schwerlich je in

⁶⁷ Haniel, Aufz., 20. V. 1918, PAAA Wkg 2/75: Beim rechtzeitigen Eintreffen d. amerik. Hilfe für d. Entente bliebe nur die Verständigung. Dann müsse Deutschld. d. Selbstbestimmungsrecht „fest und ehrlich“ anerkennen oder doch die „Kulisse“ wahren, um nicht als Zwingherr der Völker zu erscheinen. Ds., an Hintze, 31. VII. 1918, ebd. Wkg 2 ggeh/1.

⁶⁸ McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW: Deutschld. wolle Wilson nicht von der Entente trennen, sondern mit ihm als deren Vertreter verhandeln. Auch: Haniel, Aufz., 9. IV. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1. Die m.E. nicht haltbare These von einem v. Deutschland erhofften Separatfrieden mit d. U.S.A. bei Fischer, Griff . . . , 3. Aufl., S. 846.

⁶⁹ Prot. v. 29. VII. 1918, in: D. Werk d. Untersuchungsausschusses, 4. Reihe: D. Ursachen . . . , II, S. 350.

⁷⁰ A. Müller an Dandl, 24. VII. 1918, GStAM MA I/951: . . . „Wilson – man mag sich noch so sehr gegen diese Einsicht wehren – hat den Finger am Hebel . . .“ [zur Anbahnung des Friedens]. Ähnl. ds. an v. Bergen, 25. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1; Haniel, Aufz., 31. VII. 1918, ebd.; Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd.

der Lage sein werden, Amerika den Frieden zu diktieren. Andererseits ist immerhin die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Amerika, gerade weil es nicht um seine Existenz kämpft, schließlich am ersten zum Frieden geneigt sein und in diesem Sinne auf die Entente einwirken wird.“⁷¹

Diese Politik einer allgemeinen Friedensanbahnung über Wilson hatte freilich den Nachteil, daß dieser nicht nur außen- sondern auch innenpolitische Vorbedingungen für den Friedensschluß aufgestellt hatte; doch nahm die Reichsleitung diese, wie wir an der Antwort auf die McNallysche Anregung sahen, wenig ernst. Selbstverständlich sollten die Vorgespräche in strengster Vertraulichkeit stattfinden – dies jedoch nicht mit dem Ziel, die Alliierten ein für allemal auszuschließen, sondern nur, um die Gespräche überhaupt erst in Gang zu bringen. Nach den Erfahrungen, die man mit dem Friedensschritt im Dezember 1916 gemacht hatte, war dies eine begriffliche Vorsichtsmaßnahme⁷². Die Friedensfühler nach Amerika haben also gezeigt, daß die Reichsleitung zwar nicht zu materiellen Vorleistungen zur Anbahnung von Friedensgesprächen bereit gewesen ist, daß sie aber sehr wohl die Hoffnung hegte, durch Vermittlung Wilsons die Kriegsziele Deutschlands und die der Entente annähernd in Übereinstimmung zu bringen. Wieweit derartige Hoffnungen gerechtfertigt waren, werden wir sehen, wenn wir uns nun der amerikanischen Reaktion auf die deutschen Friedensfühler zuwenden.

VI

Die im Frühjahr und Sommer 1918 gehaltenen Reden des amerikanischen Präsidenten deuteten auf eine zunehmende Verhärtung seines Standpunktes hin. Diese nach außen sichtbare Haltung stand mindestens einmal – zur Zeit der deutschen Frühjahrsoffensive – in eindeutigen Widerspruch zu Wilsons persönlicher Einstellung, als sich nämlich der Präsident für kurze Zeit tatsächlich (und widerwillig genug!) mit dem Gedanken an einen militärisch nicht entschiedenen Kriegsausgang abfinden zu müssen glaubte. Sobald sich die militärische Lage besserte, wies er derartige Vorstellungen jedoch wieder von sich⁷³.

Spiegelte nun die amerikanische Geheimdiplomatie diese Haltung Wilsons wieder? Wie verhielt sich das amtliche Washington zu den zahlreichen Anknüpfungsversuchen, die uns auf der deutschen Seite bekanntgeworden sind?

Um ein Gesamtbild zu gewinnen, müssen wir zunächst einige dieser Sondierun-

⁷¹ Hertling, Aufz. f. Grünau, 21. VI. 1918, PAAA GHQ 197, Ver St 3/3–5; Kühlmann lt. Protok. v. 23. VI. 1918, ebd.; AA an Lersner, 26. VI. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1: Verhandlungen [mit den U.S.A. u. d. Entente] müßten „doch einmal“ stattfinden.

⁷² So Hintze an Romberg, 31. VIII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1: „Die Aussprache between gentlemen . . . würde also zunächst ein ganz vertraulicher Meinungs-austausch“ sein, . . . „unter strengster Geheimhaltung vor den anderen Mächten, da jede Betätigung Dritter die zarte Pflanze der Verständigung zu vernichten droht . . .“ Ähnl. Romberg an AA, 24. VIII. 1918, ebd.

⁷³ Dte. Rev., Kap. I/2.

gen, jetzt aus amerikanischer Perspektive, für sich untersuchen. Da war z. B. die Verbindung, die von der amerikanischen Gesandtschaft im Haag über deren Mitarbeiter A. Kirk und J. Noeggerath nach Berlin zu Kurt Hahn und dem Kreis gemäßigt-liberaler Politiker um Hans Delbrück und Prinz Max von Baden führte: Nach dem Wunsch der amerikanischen Regierung durften Fühlungnahmen mit diesen Persönlichkeiten auf keinen Fall offiziösen Charakter annehmen⁷⁴. Ebenso fand die im Auswärtigen Amt mit einigen Erwartungen verknüpfte Friedensaktion Harold McCormicks auf amerikanischer Seite nur ein zurückhaltendes Echo. Aus den amerikanischen Akten geht hervor, daß House den Industriellen während seines Europaaufenthaltes im Spätherbst 1917 auf eine entsprechende Anfrage hin in der Tat dazu ermutigt hatte, interessante diplomatische Informationen von der Gegenseite an ihn weiterzuleiten. McCormick berief sich auf diese Andeutungen, als er (erst Ende April) in Washington um ein persönliches Gespräch mit Wilson nachsuchte, um diesem die Botschaft Hertlings direkt auszuhändigen, in deren Besitz er Ende März gelangt war⁷⁵. Wilson entsprach diesem Wunsch nur halb, indem er die amerikanische Gesandtschaft in Bern lediglich dazu ermächtigen ließ, einen versiegelten Brief von McCormick in Empfang zu nehmen und mit der Diplomatenpost nach Washington zu übersenden, eine Komplikation, die also nicht (wie man auf deutscher Seite vermutete) lediglich von der als deutschfeindlich bekannten amerikanischen Gesandtschaft ausgegangen war⁷⁶. Die Botschaft erreichte auf dem vereinbarten Weg das Weiße Haus am 14. Juni⁷⁷. Tags zuvor hatte der Präsident McCormick bereits persönlich empfangen⁷⁸. Was dieser bei der ohnehin kurzen Begegnung über die deutsche Friedensbereitschaft zu berichten hatte, hinterließ bei Wilson offenbar keinen nachhaltigen Eindruck. Fand dieser es doch am nächsten Tag nicht einmal nötig, den Brief McCormicks, der die deutsche Botschaft enthielt, auch nur zu öffnen! Sein Wortlaut konnte so erst lange nach dem Tode des Präsidenten bekannt werden⁷⁹.

Eine Woche vor dem Besuch McCormicks hatte Wilson eine, wie es scheint, ausführlichere Besprechung mit dem Schweizer Gesandten Sulzer, der vor einer Fahrt nach Europa stand⁸⁰. Daß der amerikanische Präsident bei dieser Gelegenheit die wenige Wochen später von Sulzer in Gang gesetzte Vermittlungsaktion ange-regt hätte, ist unwahrscheinlich; denn als ihm einige Wochen später (Anfang September 1918) das Gerücht zu Ohren kam, er habe Sulzer im vergangenen Frühjahr schriftlich zu Verhandlungen mit Deutschland in seinem Namen autorisiert, so-lange sein eigener Einfluß im Lager seiner Verbündeten noch stark sei, forderte er

⁷⁴ Lansing an Garrett, 14. I. 1918, NA 862.00/243; auch FR 1918, I, 1, S. 81.

⁷⁵ Anlagen zu McCormick an Wilson, 20. V. 1918, WWW; vgl. NA 763.72119/1624 u. /1650.

⁷⁶ Kühlmann an Lersner, 25. VI. 1918, PAAA GHQ 197, Ver St 3/3-5.

⁷⁷ Stempel auf: Stovall an Lansing, 20. V. 1918, NA 763.72119/1735.

⁷⁸ R. Baker, *Life and Letters of W. Wilson*, VIII, S. 151 u. 209.

⁷⁹ Ebd. u. Ritter IV, S. 370.

⁸⁰ Am 7. VI. (Baker VIII, S. 195).

Sulzer sofort zu einem Dementi auf, das dieser auch unverzüglich abgab⁸¹. Darüber hinaus ist die Unsicherheit, mit der Sulzer reagierte, als ihm im September ein ernsthaftes deutsches Vermittlungersuchen vorlag, ein Indiz für das Fehlen irgendeiner Verhandlungsvollmacht von seiten Amerikas. Aus amerikanischer Sicht bestätigt sich also, daß die Initiatoren dieser Sondierung der Schweizer Bundesrat Schultheß und Sulzer selbst gewesen sein dürften, wobei es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß sich Sulzer auf einige scheinbar ermutigende Andeutungen des immer kontaktfreudigen Col. House (nicht aber Wilsons!) stützen konnte⁸².

Ausführlicher als über Sulzer berichten die amerikanischen Quellen über den Züricher Vizekonsul McNally. Sie lassen erkennen, daß McNallys eigenartige Spanienreise, welche die deutsche Sondierung so lange verzögerte, aus amerikanischer Sicht auf Spionageaufträgen beruhte und daß die Freilassung McNallys aus französischer Haft auf eine Intervention der amerikanischen Regierung selbst zurückging⁸³. Schon im Februar 1918, einem Zeitpunkt also, als nach Ausweis der deutschen Akten seine offiziösen Gespräche mit Mensing noch gar nicht begonnen hatten, hatte er an seine vorgesetzte Behörde von der Friedensbereitschaft Hertlings berichtet⁸⁴. Nach Zürich entlassen, wiederholte er (am 4. Mai) diese Mitteilung und berief sich jetzt zum ersten Male auf seinen Schwiegersohn als seine Quelle⁸⁵. Das Eingreifen seiner Regierung zu seinen Gunsten verdankte er indessen nicht diesen Meldungen, sondern seinen bereits von Paris aus übermittelten Hinweisen auf Pläne für eine weitere deutsche Offensive im Westen, die ihn angeblich in Zürich erwarteten, und zwar, so konnte man ihn verstehen, im Zusammenhang mit dem dortigen Aufenthalt seines Schwiegersohnes Mensing. Diese Andeutungen veranlaßten das Abwehrbüro des State Department, McNally am 17. Mai die Erlaubnis zu geben, seinen Schwiegersohn „unter größter Diskretion“ zu treffen⁸⁶.

⁸¹ Wilson an Lansing, 23. IX. 1918, WWW: . . . „I cannot believe that Dr. Sulzer did anything so dishonorable. Of course, I gave him no such authorization and no such letter, and it is important that the Legation at Berne should . . . correct this outrageous statement . . . conveying the denial directly or indirectly to the German Minister there . . .“. Vorgang: Stovall an Lansing, 12. IX. 1918, NA 763.72119/1897; Lansing an Wilson, 19. IX. 1918, WWW. Dementi Sulzers: Stovall an Lansing, 29. IX. 1918, NA 763.72119/1996.

⁸² House hatte Sulzer bei Wilson wie folgt eingeführt: Sulzer kehre auf Weisung seiner Regierung zurück, die wohl einer deutschen Anregung entspreche. Bei seiner Entente-freundlichen Haltung sehe er – House – ihn als gutes Medium „to convey to the Germans anything we desire them to know . . .“. (H. an Wilson, 11. VI. 1918, House Collection, New Haven, Conn.).

⁸³ Für hier nicht interessierende Details vgl. Stovall an Lansing, 10. V. 1918, NA 123. M 23/246, u. McNally an A. Busch, 3. V. 1918, Nachlaß Breckinridge Long, Library of Congress, Washington.

⁸⁴ FR 1918, I, 1, S. 150.

⁸⁵ McNally an Lansing, 4. V. 1918, ebd., S. 229: Hier erstmal. Erwähnung d. Hertlingschen Memorandums v. Anf. März.

⁸⁶ Harrison an H. Wilson, 17. V. 1918, in: Stovall an Lansing, 10. V. 1918, NA 123. M 23/246, auch ebd./238. Für deutschen Gebrauch machte McNally daraus: Die Angaben, die er von Mensing erhalte, würden in Washington interessieren, Diskretion werde zugesichert

Was als Ergebnis dieser Zusammenkünfte (von denen die erste Anfang Juni stattgefunden haben dürfte) nach Washington gelangte, waren indessen nicht irgendwelche sensationellen militärischen Nachrichten, sondern zwei von McNally paraphrasierte deutsche Friedensbotschaften, die erste von Mitte Juni, die zweite die uns schon bekannte Erklärung vom 15./20. Juli 1918, in der sich die deutsche Regierung mit anscheinend nur geringfügigen Vorbehalten zu den von Wilson am 4. Juli verkündeten Vier Grundsätzen bekannte⁸⁷.

In dem Telegramm (vom 29. Juli), das den Text der deutschen Erklärung enthielt, stellte McNally freilich einige eigenartige Behauptungen auf: die deutsche Regierung habe sich zu dieser Willensäußerung ganz ohne Aufforderung spontan von sich aus entschlossen; es sei ihr auch nicht bekannt, daß er – McNally – diese Erklärung nunmehr nach Washington drahte⁸⁸! Nun wissen wir bereits, daß das Auswärtige Amt seine Friedensbereitschaft im Sinne McNallys erst erklärt hatte, nachdem dieser die angeblich von Wilson selbst stammende Aufforderung dazu vorgelegt hatte. McNally hatte dann die deutsche Erklärung mit der ausdrücklichen Aufforderung erhalten, sie an den Präsidenten weiterzubefördern. Also das genaue Gegenteil dessen, was McNally seiner Dienststelle berichtete!

Diese Widersprüche und zudem die Tatsache, daß sich die den Deutschen vorgelegte, angeblich auf Wilson zurückgehende Instruktion für McNally in den amerikanischen Akten nicht finden läßt, erlauben nur eine Erklärung: McNally hat allein und ohne Vorwissen seiner Regierung die fragliche Aufforderung „Wilson's“ verfaßt – offenbar in dem Wunsch, die Deutschen zum Sprechen zu bringen und damit einen Meinungs austausch über die Friedensbedingungen zwischen den U.S.A. und dem Reich in die Wege zu leiten. Er dürfte zu diesem riskanten Schritt sowohl von ideellen Motiven als auch von dem Wunsch, für sich selbst bei den erhofften Sondierungen eine zentrale Stellung zu sichern und so seine berufliche Position zu festigen, bewogen worden sein⁸⁹.

Seine Hoffnungen auf ein Echo aus Washington erfüllten sich nicht. Seine Telegramme haben zwar Wilson vorgelegen, wurden aber von diesem ebensowenig einer Rückäußerung gewürdigt wie die von McCormick übermittelte Botschaft⁹⁰.

(Romberg an AA, 24. V. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1). Dazu auch: Lansing, Desk Diary, 16. IV. 1918, Nachl. Lansing, Library of Congress, u. Gherardi an House, 2. V. 1918, House Collection, New Haven.

⁸⁷ McNally an Lansing, 17. VI. u. 29. VII. (Eingang) 1918, FR 1918, I, 1, S. 260 bzw. 294.

⁸⁸ Hertling habe eine Erklärung weiterleiten lassen wollen, daß Deutschland Wilsons Bedingungen annehme: „I replied that I was not permitted to without the consent of the Department . . . Believing now, however, that my Government would profit by a knowledge of its nature, I am transmitting unknown to them the complete text . . .“ (ebd.).

⁸⁹ D. Original d. zit. Telegr. zeigt keine Bezugnahme auf irgendeine Instruktion, die auch anderweitig i. d. NA nicht zu finden war (an d. Vf., 21. III. 1966). McN. hatte Lansing allerdings darüber informiert, daß er mit Mensing wieder Verbindung aufnehme (McN. an L., 18. VII. 1918, NA 123.M 23/262).

⁹⁰ Randverm. auf NA 763.72119/1825.

Seit diesem Mißerfolg zog es McNally zunächst vor, offiziell mit seinem Schwiegersohn nicht mehr zu verkehren⁹¹. Seine militärische Berichterstattung lief währenddessen weiter⁹².

VII

Der Ausgang aller dieser Aktionen zeigt, daß sich Wilson keiner der genannten Mittelsmänner bei einer etwaigen Anbahnung von Friedensgesprächen zu bedienen gesonnen war. Lehnte er deshalb alle Verständigungsversuche in vertraulichem Rahmen ab? Diese Frage läßt sich erst schlüssig beantworten, wenn sein Verhältnis zu dem Vertrauensmann untersucht worden ist, den das Auswärtige Amt nicht ernst nehmen wollte, dem aber nun Wilson, wie wir gleich sehen werden, näher stand als allen anderen bisher erwähnten Mittelsmännern: Herron.

Aus der Perspektive der amerikanischen Akten, vor allem seiner eigenen Berichte, wird die Skepsis, mit der Berlin diesem Interpreten Wilsons gegenüberstand, verständlich; denn diese bestätigten seine Beziehungen zu deutschen Emigranten, deren Loyalität gegenüber dem damaligen Deutschland zumindest zweifelhaft war. Es zeigt sich darüber hinaus, mit wie tiefen Vorbehalten Herron in Wirklichkeit der gemäßigten Linken in Deutschland gegenüberstand. Dies galt selbst für Ludwig Quidde und erst recht für die Sprecher der regierungstreuen deutschen Sozialdemokratie wie z.B. Scheidemann, den Herron ganz als Werkzeug der deutschen Autokraten betrachtete⁹³. So wie er die Dinge sah, gab es in Deutschland nur wenige echte Erneuerer wie z.B. F. W. Foerster und H. Haase und noch weniger wirkliche Märtyrer für die Sache der Demokratie – eigentlich nur einen: Karl Liebknecht⁹⁴. Alle Verständigungsversuche innerhalb der gemäßigten Linken Europas verfolgte er deshalb mit Argwohn und bemühte sich z.B. nach Kräften, den Plan des holländischen Sozialisten Troelstra, eine europäische Sozialisten-Konferenz zur Erörterung der Friedensfrage einzuberufen, zu hintertreiben, um die Linke der Entente von den von einem solchen Treffen ausgehenden demoralisierenden Wirkungen zu bewahren⁹⁵. Aus gleichem Grunde machten ihn, wie er bekannte, die Verständigungsbemühungen der Landsdowne-Gruppe „todkrank“⁹⁶.

Eigenartigerweise hatte er trotzdem schon im Frühjahr 1918 den indirekten Kon-

⁹¹ McNally an Lansing, 2. VIII. 1918, NA 123.M 23/266.

⁹² Auch über die interne deutsche Diskussion über die Ausdehnung des verschärften U-Boot-Krieges! Vgl. NA 763.72/10720, /11084 bzw. /11348.

⁹³ Herron, Memor., 14. VI. 1918, Lutz I, S. 515 u. 537. Echo bei A. W. Dulles (Bern): Scheidemann sei „an unscrupulous . . . agent of the German government“ (an J. Dulles, 21. VIII. 1918, Nachl. Dulles, Princeton, N. J.).

⁹⁴ Herron, Memor., 7. VI. u. (ca.) 15. VII. 1918, Lutz I, S. 537 bzw. HeSt. Herron stand auch mit einem „Anhänger“ Liebknechts in Fühlung (H., Memor., August [?] 1918, HeSt, u. ds. an Krause, 4. IX. 1918, ebd.).

⁹⁵ Stovall an Lansing, 2. IX. 1918, NA 763.72119/1884; Herron an Simons, 9. IX. 1918, HeSt, u. an Troelstra, 10. IX. 1918, bei: M. Briggs, Herron (1932), S. 61.

⁹⁶ Herron an Bland, 5. VIII. 1918, HeSt.

takt mit der ihm so wenig sympathischen regierungstreuen deutschen Linken nicht verschmäht. Er ließ sich in die geschilderten langen Gespräche mit de Fiori ein und schickte diesen selbst dann nicht davon, als er sich (im September) als Beauftragter u. a. Scheidemanns entpuppte und sich bemühte, Herron seinerseits als Kronzeugen für die von Scheidemann gegen die Regierung Hertling erhobenen Vorwürfe zu gewinnen⁹⁷. Herron ging darauf nicht ein, schloß aber in seinem letzten vor dem deutschen Waffenstillstandersuchen an Wilson gerichteten Brief die Möglichkeit nicht mehr aus, daß schließlich doch auch Scheidemann zu den für Wilson akzeptablen deutschen Gesprächspartnern gehören könnte⁹⁸. Hatte die Milderung des bisherigen Standpunktes der deutschen Sozialdemokraten in der Frage der Reichslande, von der Herron zu berichten wußte, diesen Sinneswandel herbeigeführt⁹⁹? Betrachtete er Scheidemann jetzt als zu Wilson bekehrt? Oder war es nur gekränkte Eitelkeit gewesen, die ihn den deutschen Parteiführer so lange verleugnen ließ, als dieser über seinen Kopf hinweg Friedensgespräche anzubahnen wagte?

Wenn man den Berichten und Protokollen, die Herron nach Washington und nach London schickte, Glauben schenken darf¹⁰⁰, so waren auf jeden Fall die Friedensvorstellungen, die er in seinen Gesprächen mit de Fiori entwickelte, mit denen der gemäßigten deutschen Linken in keiner Weise auf einen Nenner zu bringen. An erster Stelle stand für ihn ein innenpolitisches Ziel: der revolutionäre Umsturz im kaiserlichen Deutschland¹⁰¹. Wenn er sich in Gespräche mit mehr oder weniger oppositionellen Deutschen einließ, dann war es in erster Linie ein solcher innerer Umschwung beim Gegner, dem er den Weg bereiten wollte. Entweder, so schrieb er an den stellvertretenden amerikanischen Gesandten in der Schweiz, Hugh Wilson,

„die deutschen Völker müssen Buße tun und diese Buße dadurch beweisen, daß sie ihre Herrscher und ihr Regierungssystem beseitigen . . . , oder der Krieg muß andauern bis zur eindeutigen und eingestandenen Niederlage Deutschlands, . . . d. h. der völligen Zerstörung des Reiches . . .“¹⁰²

Er war klug genug, dieses Ziel seinen deutschen Gesprächspartnern gegenüber stets nur anzudeuten, indem er von einem „notwendigen Akt des Glaubens“ sprach, einer „Geste des Vertrauens“ zur Menschheit, einem „Wandel“ in den Zielen eines neuen Deutschland und – immer wieder – von einem Beweis echter „Buße“¹⁰³. Gegenüber den amerikanischen und britischen Empfängern seiner Be-

⁹⁷ Nach Herron soll de Fiori Scheidemann in Bern getroffen haben (H., Memor., 10. IX. 1918, Lutz I, S. 571 ff. u. WWW).

⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹ Ebd., u. Stovall an Lansing, 10. IX. 1918, NA 763.72119/1992.

¹⁰⁰ Herrons Berichte galten an sich als unzuverlässig, seine Gespräche mit de Fiori hat er aber protokollieren lassen (im Stenogramm), so daß hier Umdeutungen nicht möglich waren (Briggs, Herron, S. 45 ff., 52, 66 ff.).

¹⁰¹ Herron, Memor., 8. VII. 1918, HeSt; ds. an Wilson, 10. IX. 1918, WWW.

¹⁰² Herron an Hugh Wilson, 16. VII. 1918, NA 763.72119/1863: . . . „It will not do to let these good Germans deceive themselves . . . Let them revolt first, and thereby prove their sincerity and capacity, and then ask for peace . . .“.

¹⁰³ Herron, Memor., 7. VI. u. (ca.) 15. VII. 1918, Lutz I, S. 524, 559, 565 f.; ds. an Hugh Wilson, 20. VII. 1918, HeSt; FR 1918, I, 1, S. 278.

richte hingegen redete er ganz unumwunden von der Notwendigkeit einer Absetzung des deutschen Kaisers¹⁰⁴.

Die Eindrücke, die ihm aus Deutschland übermittelt wurden, ließen ihn schon im Juni 1918 auf einen solchen inneren Umsturz im Reich hoffen. Voraussetzung dafür, so schrieb er Wilson, sei ein erlösendes Wort aus dem Munde des amerikanischen Präsidenten. Er meinte im Anschluß an ein Gespräch mit E. Jaffé damit einen Appell zur Bildung eines Völkerbundes. Dadurch würden deutsche Befürchtungen, nach dem Kriege quasi in ein Zuchthaus gesetzt zu werden, entkräftet¹⁰⁵. Vor allem aber würde eine solche Politik dem deutschen Volke seine augenblickliche hoffnungslose Isolierung vor Augen führen; seine militärischen Herren würden auch im eigenen Lande allen Kredit verlieren, und das alte System würde über kurz oder lang zusammenbrechen¹⁰⁶. Seinen deutschen Gesprächspartnern gegenüber verband Herron seine Völkerbundsvision mit den überschwenglichsten Versicherungen zur Zukunft der Mittelmächte: Sie würden gleichberechtigt mit den anderen Völkern an einem Tisch sitzen, Amerika würde es sich als Ehre anrechnen, auch für die berechtigten deutschen Interessen einzutreten¹⁰⁷. Unklar blieb nur, was zuerst kommen sollte: die Proklamation des Völkerbundes durch Wilson (wie dies Herron in seinem an Wilson gerichteten Brief vom 31. Mai 1918 vorsah) oder die Zerstörung der Herrschaft der Junker durch die Deutschen (wie sie Herron gegenüber de Fiori gefordert hatte).

Der dann folgende liberale Wilson-Frieden sollte allerdings keineswegs einer Wiederherstellung des status quo gleichkommen. Hatte Herron doch schon de Fiori gegenüber den Unterschied zwischen einem Verständigungsfrieden (den er erstrebte) und einem Kompromißfrieden (den er ablehnte) hervorgehoben¹⁰⁸.

Der Friede, den er wollte, sollte die Deutschen nicht nur zum Eingeständnis ihrer Schuld zwingen, sollte sie nicht nur moralisch demütigen und damit innerlich für die Demokratie (und Reparationszahlungen¹⁰⁹) bereit machen – er sollte Deutschland vor allem auch veranlassen, alle im Kriege gemachten Eroberungen und darüber hinaus das Reichsland, „Preußisch-Polen“ und Schleswig-Holstein herauszugeben. Mit anderen Worten: Revolution und Niederlage sollten Deutschland auch machtmäßig reduzieren¹¹⁰. Herron traute dem deutschen Volk nämlich viel zu wenig, als daß er seine nur moralische Bekehrung für ausreichend erachtet hätte, um ihm seinen „pathologischen“ „fundamental unreinen“ und damit friedensgefährdenden Charakter zu nehmen¹¹¹. Der Krieg war für ihn ein Kreuzzug gegen das

¹⁰⁴ Herron an Simons, 9. IX. 1918, HeSt.

¹⁰⁵ Herron an W. Wilson, 6. VII. 1918, NA 763.72119/8822; im Rückblick: ds. an W. A. White, 30. IV. 1924, HeSt.

¹⁰⁶ Herron an Wilson, 31. V. 1918, in: H., *Defeat in Victory* (1921), S. 194ff.

¹⁰⁷ Herron, Memor., (ca.) 15. VII. 1918, Lutz I, S. 566.

¹⁰⁸ S. o. S. (14), u.: Herron an H. Wilson, 16. VII. 1918, NA 763. 72119/1863.

¹⁰⁹ Herron, Memor., 4. XI. 1918, Lutz I, S. 580.

¹¹⁰ Herron, Memor., (ca.) 15. VII. 1918, Lutz I, S. 566, 569; ds. an Simons, 9. IX. 1918, He St; ds. an Wilson, 10. IX. 1918, WWW.

¹¹¹ Herron, Memor., (ca.) 15. VII. 1918, HeSt; ds. an Wilson, 10. IX. 1918, WWW:

„deutsche Prinzip“ – was immer er darunter verstand –, er durfte nur, mit oder ohne Beteiligung der Deutschen selbst, mit der drastischen Drosselung des Einflusses dieser Macht enden¹¹². „Wir sind zu der Überzeugung gekommen“, so hämmerte er seinem deutschen Jünger de Fiori ein,

„daß der Erdball nicht bewohnbar ist, solange die gegenwärtige deutsche Macht fortbesteht . . . daß die Entwaffnung der deutschen Idee, daß die Zerstörung der deutschen Macht, die Reinigung der Welt von all dem, was Germanismus bedeutet, eine wahrhaft göttliche Mission ist, die wir erfüllen müssen, oder wir selbst müssen spirituell untergehen . . .“¹¹³.

Dieser alttestamentliche Zorn sah nur eine – allerdings bestimmte! – Grenze: Deutschland durfte nicht wie Rußland in ein völliges Chaos versinken; denn dann bestand die Gefahr, daß es Europa mit sich in den Abgrund zog¹¹⁴. Bei allen revolutionären Nebentönen, bei aller Verherrlichung Liebknechts, wollte Herron der Wilsonschen Propaganda doch den Charakter eines Gegengewichtes gegen die aus Moskau kommenden Verlockungen verleihen, und er bevorzugte ein „orderly overthrow“ des herrschenden deutschen Regimes. Dieser Wunsch gab seinen an Wilson gerichteten beschwörenden Appellen, doch von sich aus das Signal zu einer „politischen“ Beendigung des Weltkrieges zu geben, d.h. einer Revolution in Deutschland den Weg zu ebnen, die *nicht* in vollem Chaos enden würde, zumal im Herbst 1918 eine besonders dringliche Note¹¹⁵.

Kennt man sein politisches Programm aus erster Hand, so ist man verwundert, daß es ihm gelang, einen kontinuierlichen Faden in das deutsche Lager hinüberzuspinnen und dort einigen Einfluß zu gewinnen. Ein Anzeichen für die innere Unsicherheit, mit der mancher Verantwortliche im Reich bereits der eigenen Sache im Weltkrieg gegenüberstand!

Zweifellos hatte de Fiori in der Form, in der er sich bei Herron eingeführt hatte, dessen massiven Beeinflussungsversuchen Vorschub geleistet. Hatte er nicht (nach Herrons Protokoll) schon bei ihrem ersten Zusammentreffen unter Berufung auf Scheidemann, Erzberger und Haase – und im übrigen ganz im Sinne Foerstlers – eine „Neuordnung“ und die „Entmachtung“ der deutschen Militärpartei in Aussicht gestellt, wenn nur Wilson das rechte Wort zum deutschen Volk spräche¹¹⁶? Hatte er sich *nicht* (wieder nach Herron) als Freund Hertlings und – wichtiger noch – als Beauftragter der Bayerischen Regierung und des bayerischen Zensurchefs v. Sonnenburg ausgegeben¹¹⁷? Gerade an dieser Stelle glaubte Herron, ein Conrad Haußmann sei nationaler Anstand ebenso fremd gewesen wie einem Kannibalen die Essays von Mill.

¹¹² Z. B. Herron, Memor., 7. VI. 1918, Lutz I, S. 533 f.

¹¹³ Ebenda.

¹¹⁴ Herron an W. Wilson, 31. V. u. 10. IX. 1918, WWW; ds. an Hugh Wilson, 16. VII. 1918, NA 765. 72119/1863; Lutz I, S. 540 ff.

¹¹⁵ Herron an Wilson, 6. VII. 1918, NA 765.72119/8823, u. bes.: ds. an ds., 10. IX. 1918, WWW.

¹¹⁶ Herron, Memor., 7. VI. 1918, Lutz I, S. 530.

¹¹⁷ Herron, Memor. v. 14. VI. u. 15. VII. 1918, Lutz I, S. 513 f. bzw. 548 f.; dazu: H. Lutz, *Deutscher Krieg u. Weltgewissen*, Zeitschr. f. bayer. Landesgesch. 25 (1962), S. 470 ff.

haken zu können: De Fioris Mission, so meinte er, eröffnete ihm nicht nur die Chance, die deutsche Linke gegen die Reichsleitung auszuspielen, sie machte es auch möglich, von Bayern her einen Druck auf „Preußen“ auszuüben und so schließlich ganz Deutschland der Annahme eines „Wilson-Friedens“ (so, wie Herron ihn verstand) zugänglich zu machen¹¹⁸. Herron ist dem Phantom bayerischer Separatverhandlungen nicht nur im Anfangsstadium seiner mit de Fiori geführten Gespräche nachgelaufen, als die militärische Unterlegenheit der Mittelmächte noch nicht evident geworden war, – er hat diesen Plan auch bis kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes und – mit mehr Erfolg! – darüber hinaus verfolgt¹¹⁹.

Wie sollte nun in der Wiedergabe Herrons der Friede nach dem Angebot „Bayerns“ aussehen (das de Fiori dem Auswärtigen Amt gegenüber mit keiner Silbe erwähnte, dem er nach eigenem Eingeständnis ohnehin keinen klaren Wein einschenkte)? Herron berichtete die Hauptpunkte am 5. Juli nach Washington: 1. Wiederherstellung Belgiens; 2. freie deutsche Schifffahrt auf Rhein und Schelde; 3. die Erhebung der Reichslande zum freien Bundesstaat mit „home rule“; 4. Selbstverwaltung für alle Völker in der Habsburger Monarchie; 5. Wiederherstellung Serbiens; 6. Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Polens, möglicherweise bei deutschen Konzessionen in Posen (d.h. Selbstverwaltung) und bei freiem Zugang zum Meer durch Litauen; 7. Wiedererörterung der Friedensschlüsse von Bukarest und Brest; 8. Befassung der Friedenskonferenz mit allen Balkanfragen; 9. amerikanische schiedsrichterliche Vermittlung in den zwischen Deutschland und England strittigen Kolonialfragen; 10. Rüstungsbeschränkung; 11. und letztes: Bildung eines Völkerbundes¹²⁰.

Natürlich war dies noch ein Kompromißfrieden und nicht der „Verständigungs-“ bzw. „Gerechtigkeitsfrieden“, den Herron ersehnte. Eine Übereinstimmung zwischen seinen und de Fioris Ansichten ließ sich deshalb auch nicht herstellen. Indem dieser prinzipiell an der Integrität des Reiches festhielt und auch auf einer weiteren deutschen Beteiligung an kolonialen Unternehmungen bestand, verhielt er sich im Sinne der amtlichen deutschen Politik durchaus loyal. Gewiß machte er Andeutungen über die traditionelle Feindschaft der Bayern gegen die Preußen und versuchte Herron, wie erwähnt, durch die Aussicht auf eine Demokratisierung des politischen Lebens im Reich zu gewinnen¹²¹. Ein Unterfangen, das um so aussichtsloser wurde, je mehr die Zeit voranschritt! Hatte Herron im Sommer eine vertrauliche amerikanische Friedensvermittlung noch als möglich hingestellt, so lehnte er zuletzt (Anfang September) – wie wir sehen werden, einem Wink Washingtons folgend – jeden vertraulichen Schritt ab: „Kapituliert“, riet er de Fiori,

„bittet um Frieden; erklärt euere Bedingungen. Ihr begannt den Krieg – jetzt beendet ihr ihn auch! Und vertraut dem Erbarmen und der Gerechtigkeit der Welt . . .“¹²².

¹¹⁸ Herron, Memor., 7. VI. 1918, NA 763.72119/1774; auch Lutz I, S. 513 u. 566.

¹¹⁹ Dte. Rev., Kap. II/6 u. III/1. De Fiori an v. Böhm, 50. IX. 1918, HStAM MA III/2975; ds., Memor., 4. XI. 1918, ebd. MA I/951.

¹²⁰ Stovall an Lansing (Wilson), 5. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 277 f.

¹²¹ Herron, Memor., 7. VI. 1918, Lutz I, S. 524.

¹²² Herron an Wilson, 10. IX. 1918, WWW.

Deutschland sollte also zuerst seine Niederlage eingestehen, ehe es auf Frieden hoffen durfte. Mit diesem Ratschlag endeten de Fioris Bemühungen in derselben Sackgasse wie die Sondierungen des Auswärtigen Amtes¹²³.

VIII

Wie stand nun der amerikanische Präsident zu dem diplomatischen Spiel, das sein „Prophet“ in der Schweiz betrieb? Soviel ist klar: Wenn er nicht geglaubt hätte, sich auf seinen emigrierten Landsmann verlassen zu können, hätte er ihn nicht mit den delikaten Sondierungen bei der österreichischen Seite betraut. Dieses Vertrauensverhältnis blieb während des ganzen Krieges bestehen, und Wilson nahm seinen Agenten mehrfach gegen Versuche der Berner U.S.-Gesandtschaft in Schutz, die auf eine Entfernung dieses unbequemen Amateurs drängte: Die Rolle, die Herron in der gegen die Mittelmächte gerichteten moralischen Offensive übernommen hatte, war ihm wichtiger als die professionellen Bedenken seiner Diplomaten (die übrigens den kriegspsychologischen Wert von Herrons Wirken an sich auch nicht anzweifeln¹²⁴). So bewegte ihn „zutiefst“ der bereits erwähnte Appell dieses „ausgezeichneten Mannes“ vom 31. Mai, in dem ihn dieser zur sofortigen Gründung eines Völkerbundes aufforderte. Die interne Diskussion der amerikanischen Regierung über diese Frage kam seitdem nicht mehr zur Ruhe¹²⁵. Daß er dann auch die von Herron mit de Fiori geführten Gespräche anfangs tolerierte, obwohl sich das State Department schon zu Jahresbeginn bei Herron gegen die Aufnahme halboffizieller Kontakte ausgesprochen hatte, kann nach dem Gesagten nicht verwundern. Trotz einigen Bedenken wurde Herron seinem Wunsche entsprechend und mit Wilsons Zustimmung Anfang Juli 1918 dahingehend instruiert, daß „jede Tür“ (d.h. auch der Kontakt mit de Fiori) „ebensogut“ offengehalten werden könne¹²⁶, eine Sprachregelung, die de Fiori in seinem an das Auswärtige Amt gerichteten Bericht als amtliche Autorisierung *allein seiner* Verbindung zu Herron interpretierte. Davon war bei Wilson indessen nicht die Rede; denn er erblickte im Einklang mit dem State Department in den Avancen de Fioris keinen annehm-

¹²³ Noch Anfang September forderte Herron de Fiori auf, Deutschland solle Wilson durch einen Neutralen anrufen, dessen Grundsätze anerkennen, dann würde Wilson vielleicht die Entente fragen, ob sie bereit sei, mit Deutschland zu diskutieren (H., Memor., 10. IX. 1918, WWW; ähnl. de Fiori an AA, 6. IX. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/2).

¹²⁴ Lansing an Stovall, 23. IV. 1918, NA 763.72119/8783; H. Wilson, *Diplomat between Wars* (1941), S. 20f.

¹²⁵ Wilson an Lansing (für Herron), 1. VII. 1918, FR, Lansing Papers II (1940), S. 138; ds. an House, 8. VII. 1918, House Coll., New Haven; ds. an Tumulty, 11. VI. 1918, Wilson – Nachlaß, Princeton, N. J.; House an Wilson, 11. VII. 1918, WWW.

¹²⁶ Polk an Stovall, 18. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 290; jedoch verweigerte d. State Department irgendwelche Instruktionen für Herron. Vorgänge: Wilson an Lansing, 8. VII. 1918, Nachlaß Lansing, Princeton, N. J.; Stovall an Lansing, 11. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 286; Wilson an Polk, 15. VII. 1918, Polk an Wilson, 15. VII. 1918, beide WWW. Frühere Ablehnung: Lansing an Sharp, 15. I. 1918, FR 1918, I, 1, S. 31.

baren Ausgangspunkt für Friedensgespräche und hatte deshalb auch nichts gegen eine Unterrichtung der übrigen Alliierten¹²⁷. Das führte Anfang August zu Interpellationen von Seiten Frankreichs und Italiens bei Lansing, die eine erneute Erörterung des Falles Herron im Weißen Haus erforderlich machten. Der Sachbearbeiter im Außenministerium sah jetzt in der durch Herron ausgesprochenen schroffen Ablehnung jedes inoffiziellen Gespräches mit „Bayern“ die Chance für einen moralischen Schlag, dessen Wirkung der einer gewonnenen Schlacht gleichkäme¹²⁸. Ob aus diesem Grunde oder ob aus Rücksicht auf die Italiener und Franzosen – Wilson entschied nun endgültig gegen die Ermächtigung Herrons zur Fortsetzung seiner Gespräche mit de Fiori: „Ich hoffe mit Ihnen“ schrieb er am 10. August an den stellvertretenden Außenminister,

„daß Herron mit diesen Gesprächen mit de Fiori nicht weitergehen wird . . . Gleichzeitig zerbreche ich mir den Kopf, wie man Herron in dieser Sache zügelt, ohne den Anschein zu erwecken, als habe man weniger Vertrauen zu ihm, als ich wirklich empfinde . . . Ich halte es nicht für klug, ihm unsere Gründe zu nennen; denn solche Information würde, obwohl ich volles Vertrauen zu seiner Integrität habe, ganz unausweichlich ein Teil dessen werden, was er weiß, und würde . . . unweigerlich bei späteren Gesprächen herauskommen. Damit aber würde der Eindruck entstehen, als wüßte er, was für Vorschläge für uns annehmbar wären . . .“¹²⁹.

Damit war die Tür nach „Bayern“ endgültig ins Schloß gefallen. War Wilson also nun ganz auf die Linie der alliierten Sieg-Friedens-Ziele eingeschwenkt? So, wie Wilson sich selbst interpretierte, konnte davon keine Rede sein. Mochte er auch ein direktes Gespräch mit dem Gegner je länger, desto entschiedener ablehnen, an seinem Fernziel eines liberalen Friedens hielt er fest. Schon seine seit Juli geführten Erörterungen über das Wesen des Völkerbundes (Herrons Anregung!), der mit dem Abschluß des Friedens konstituiert werden sollte, legen von dem Geist Zeugnis ab, in dem er die Kriegsziele formuliert wissen wollte. Dieser Völkerbund sollte nämlich – das hatte er schon Anfang Juli Herron gegenüber angedeutet – nicht einfach die Kriegskoalition fortführen, sondern vielmehr eine universale Organisation sein, welche die Neutralen und auch die augenblicklichen Feindmächte umfassen würde¹³⁰.

Wenn Deutschland sich entsprechend den Regeln des Bundes verhalte, so erklärte er noch im August 1918 dem Chef des britischen Geheimdienstes in den Vereinigten Staaten, Wiseman, so sollte man es einladen, sich der Familie der Völker anzuschließen. Er war sich der Wahrscheinlichkeit alliierter (zumal französischer) Proteste dabei voll bewußt¹³¹.

¹²⁷ Lansing an Stovall, 19. VII. 1918, 19. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 288, Anm. 2. De Fiori an v. Bergen, 29. VII. 1918, PAAA Wkg 2 ggeh/1.

¹²⁸ Phillips an Lansing, 5. VIII. 1918, Nachlaß Lansing, Princeton, N.J.

¹²⁹ Wilson an Polk, 10. VIII. 1918, ebd.; Polk wollte auf jeden Fall den Verbündeten gegenüber den Anschein vermeiden, als sei Herron ein autorisierter Agent (an Wilson, 9. VIII. 1918, ebd.).

¹³⁰ Wilson an Herron, 1. VII. 1918, FR, Lansing Papers II, S. 138.

¹³¹ Wiseman an Reading, 16. VIII. 1918, bei: W. Fowler, Brit.-Amer. Relations 1917–1918 (1969), S. 279, auch S. 209 ff. House an Wilson, 11. VII. 1918, WWW.

Läßt jedoch seine Haltung zu den Kriegszielen eine schließliche Verständigung mit den deutschen Diplomaten und Politikern als möglich erscheinen, von denen die erörterten Friedensfühler ausgingen? Seine Weigerung, sich öffentlich auf irgendein konkretes Kriegsziel festzulegen – selbst auf die Desannexion Elsaß-Lothringens –, das er nicht ausdrücklich in den Vierzehn Punkten genannt hatte, mochte derartigen Hoffnungen Nahrung geben¹³². Seine gleichzeitigen vertraulichen Äußerungen (gerade zu Herrons Berichten) zeigen indessen, daß sich seine Vorstellungen tatsächlich mit denen der deutschen „Gemäßigten“ in keiner Weise in Einklang hätten bringen lassen. *Befürchtete* er doch geradezu ein deutsches Angebot, in dem Deutschland im Westen „praktisch alles“ – also auf jeden Fall die Freigabe Belgiens, wahrscheinlich aber auch die Abtretung Elsaß-Lothringens – konzedieren würde, wenn es dadurch die Westmächte dazu veranlassen könnte, die deutsche Expansion im Osten zu tolerieren¹³³. Würden die Ententemächte, so fragte sich Wilson besorgt, einer solchen verlockenden Offerte widerstehen können? Er wollte jedenfalls zu einer derart fatalen Entwicklung nicht beitragen. Dies war denn auch der Hauptgrund, den er anführte, als er die Ermächtigung Herrons zu tatsächlichen Vorverhandlungen ablehnte: „Ich würde einen Friedensplan nicht einmal diskutieren“, so schrieb er an Lansing schon am 8. Juli,

„der nicht alle russischen, türkischen und östlichen Karten auf den Tisch legte. Das ist das Spiel [der Deutschen]: Im Westen aufgeben, um gewaltige, gar nicht absehbare Gewinne im Osten zu erzielen . . .“¹³⁴.

Das Schreckgespenst eines Deutschen Reiches, das, unter Ausnutzung der Bolschewistenfurcht der russischen Bourgeoisie und wohlmöglich im Bündnis mit Japan, unter Duldung der Entente seinen Einfluß vom Rhein bis an die Adria, von der Nordsee bis zum Pazifik ausdehnte, tauchte auch öfter in der Wilson zugeleiteten diplomatischen Berichterstattung auf (mehrfach z. B. bei McNally). Es beunruhigte den Präsidenten derart, daß er sich Ende Juli zu einer Aussprache mit dem französischen Botschafter entschloß, in der er Frankreich vor der Annahme aller solcher scheinbar günstigen Angebote, solange diese auf Kosten Rußlands gingen, feierlich warnte.¹³⁵

Das Eigenartige ist, daß de Fiori im Gegensatz zu der uns bekannten Berliner „Amtsmeinung“ Herron ja tatsächlich mehrfach eine „Wiedereröffnung“ des

¹³² Wilson an Lansing, 16. V. 1918, WWW.

¹³³ Wilson an Polk, 10. VIII. 1918, Nachl. Lansing, Princeton, N.J.: . . . „I am convinced that it [Germany] is ready to agree to concede practically anything that it is necessary to concede in the West and in the Balkans, if only it is left with a free hand in the East and the Southeast . . .“ Ähnl. ds. an Lansing, 8. VII. 1918, ebd. Dazu auch G. Levin, *W. Wilson and World Politics* (1968), S. 83.

¹³⁴ Wilson an Polk, 10. VIII. 1918, Nachl. Lansing, Princeton, ähnl. FR 1918, I, 1, S. 297.

¹³⁵ Berichte: McNally an Lansing, 17. VII. 1918, NA 763.72/10724; Herron an Wilson, 31. V. 1918, WWW. Wilsons Demarche: J. Jusserand, *Le sentiment américain* . . . (1931), S. 148; Baker, *Life and Letters of Wilson VIII*, S. 292; Briefwechsel Jusserand-Wilson, 29. VII./1. VIII. 1918, WWW.

Brester Vertrages zugesichert hatte¹³⁶. Hatte Wilson die betreffenden Berichte nicht genau gelesen? Oder hielt er diese Zusicherung nicht für verbindlich genug? Die Vermutung drängt sich auf, daß die Rücksicht auf das Mächtegleichgewicht im Osten nicht das einzige Motiv für seine Zurückweisung aller Friedensfühler gewesen ist. Entscheidend war für ihn offenbar (wie nachweislich für Lansing¹³⁷) die Rücksicht auf die militärische Lage, die sich seit Mitte Juli 1918 ja sehr zugunsten der Alliierten gewandelt hatte. Militärisch gesehen, wollte er danach noch weniger als zuvor einen „Frieden ohne Sieg“. Mehrere seiner Aussprüche deuten in diese Richtung hin: Am 4. Juni schrieb er, dem deutschen Volke müsse durch die militärische Niederlage seiner Herrscher klargemacht werden, welche Kräfte die Menschheit in Wirklichkeit kontrollierten¹³⁸.

Er entsprach dieser Überzeugung, wenn er im September 1918 auch die letzten vertraulichen deutschen Vermittlungsbemühungen, die über Belgien liefen, und dann das österreichische Friedensersuchen vom 16. September unverzüglich und kategorisch zurückweisen ließ¹³⁹. Kurz zuvor hatte er dem britischen Diplomaten Wiseman anvertraut, daß nur ein öffentliches Eingeständnis der deutschen Friedensbereitschaft die Voraussetzung für Friedensgespräche liefern könne; er habe die amerikanischen Vertreter in Europa beauftragt, alles anzuhören, was ihnen mitgeteilt würde, und nach Washington zu berichten. Sie dürften jedoch nicht die Hoffnung erwecken, daß solche inoffiziellen Angebote von Amerika auch nur in Erwägung gezogen würden¹⁴⁰.

IX

Für die Zeit nach dem Abklingen der deutschen Frühjahrsoffensive (d.h. etwa seit Mitte Mai 1918) stimmten also Wilsons öffentliche und vertrauliche Äußerungen in bemerkenswerter Weise mit seinem diplomatischen Verhalten überein. Er hat in diesem ganzen Zeitraum alle deutschen Angebote für geheime Sondierungen entweder ignoriert oder abgelehnt. Von allen amerikanischen Emissären, mit denen sich die deutsche Diplomatie abgab, genoß nur einer – Herron – eine wenigstens partielle Rückendeckung in Washington. Daß diesem Vermittler erst im August 1918 Einhalt geboten wurde, lag gewiß auch an den persönlichen Sympathien, die Wilson für seinen Propheten in Europa hegte. Bei ihm und vor allem beim State Department dürften ferner der Wunsch, sich diesen Horchposten zu erhalten, und – vielleicht – die Hoffnung, den bayerischen Partikularismus für die amerikanische Kriegszielstrategie mit einspannen zu können, eine gewisse Rolle gespielt haben. Instruktionen zur Sache – d.h. zu den konkreten Streitpunkten eines künftigen Friedens – hat auch Herron nicht erhalten.

¹³⁶ Stovall an Lansing, 5. VII. 1918, FR 1918, I, 1, S. 277; Phillips an Lansing, 16. VIII. 1918, Nachl. Lansing, Princeton.

¹³⁷ Lansing, Memor., 25. VIII. 1918, Nachl. Lansing, Library of Congress, Washington.

¹³⁸ Wilson, Entw. f. Rede v. 4. VII. 1918, WWW.

¹³⁹ Lansing an Whitlock, 11. IX. 1918, FR 1918, I, 1, S. 304.

¹⁴⁰ Wiseman an Reading, 16. VIII. 1918, bei: W. Fowler, Brit.-Amer. Relations, S. 280.

Das schließt nicht aus, daß er seinen Präsidenten nicht bisweilen richtig interpretiert hätte! So verschroben und abwegig manche seiner Vorstellungen gewesen sein mochten, so stimmte er doch in seinem Streben nach einem radikalen, aber im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung verbleibenden Wandel im Innern der Mittelmächte mit Wilson überein – mochte er auch in der Erwartung, die Deutschen für einen solchen begrenzten Umsturz gewinnen zu können, weitergegangen sein als Wilson¹⁴¹. Ebenso traf er sich mit Wilson in der Einschätzung der Rußlandfrage und ihrer Bedeutung für den Friedensschluß mit Deutschland; ja, es ist möglich, daß er Wilson in diesem Punkte sogar noch bestärkt hat.

Der amerikanische Präsident seinerseits hat seine Ablehnung eines Verhandlungsfriedens mit dem Gegner erst modifiziert, als das deutsche Waffenstillstandersuchen vom 3. Oktober eine völlig neue Lage geschaffen hatte. An erster Stelle stand hier die für Wilson erregende Aussicht, Gegner und Verbündete auf das bisher unverbindliche Vierzehn-Punkte-Programm festlegen zu können, dem Deutschland durch seinen Appell offiziellen Charakter verliehen hatte, indem es sich vorbehaltlos zu ihm bekannte. In zweiter Linie folgte die Wahrscheinlichkeit einer entscheidenden militärischen und innenpolitischen Schwächung des deutschen Gegners, verbunden mit der Chance, dessen bisherige autokratische Führungsmannschaft durch demokratische Kräfte des deutschen Volkes ablösen zu können. Dadurch nahm sich jetzt auch die Gefahr einer Durchdringung Rußlands durch Deutschland nicht mehr so akut aus.

Dieser Rück- und Ausblick auf den Standpunkt Wilsons hat nun definitiv klar gestellt, daß es eine Chance für den Erfolg der geschilderten deutschen Friedensfühler nicht gegeben hat. Wilson war nicht willens, auf das von der deutschen Seite vorgeschlagene geheime Verfahren einzugehen. Was seine konkreten Kriegsziele anlangte, so *fürchtete* er den Frieden, den während des Krieges die liberalen Imperialisten, die hinter den deutschen Sondierungen standen, anstrebten – Verzicht im Westen, Expansion im Osten – und der nach der deutschen Waffenstillstandsbitte vom 3. Oktober die letzte Hoffnung all derer wurde, die auch nach dem militärischen Bankrott im Westen das Kriegspotential Deutschlands möglichst unverehrt in den Frieden hinüberzureiten suchten.

Wirkungsgeschichtlich bedeutsam ist damit der deutsch-amerikanische Friedensdialog des Jahres 1918 nur in zweierlei Hinsicht: Er stellte einmal die Kontakte her, die dann auch während des Notenaustausches mit Wilson im Oktober/November 1918 die deutsche Haltung beeinflusst haben¹⁴². Zum anderen bereitete er die deutsche Seite – Auswärtiges Amt und Linkspolitiker – auf die Annahme der prinzipiellen außen- und innenpolitischen Friedensbedingungen Wilsons vor, die dann mit dem deutschen Waffenstillstandersuchen Wirklichkeit wurde. Zugleich – und hier liegt ein unbestreitbarer Verdienst Herrons – hielt er in Wilson die Hoffnung wach, Deutschland von innen her für seine Friedenskonzeption gewinnen zu können.

¹⁴¹ Für Wilson vgl. wieder Fowler, S. 283.

¹⁴² Dte. Rev., Kap. II/1 u. /6.